

VORWORT

Inhalt
Bundeswehr
Schluß mit
den Schikanen!
Seite 5
Afghanistan
Mudjahedin
sind geschlagen
Seite 9

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Nr. 115 - November 1989

80 Pfg. - Solidaritätspreis: 2,- DM

Die Arbeiter und Jugendlichen in der DDR haben ihre Angst abgelegt. Immer mehr von ihnen beteiligen sich aktiv an Aktionen und Demonstrationen gegen die Herrschaft der Bürokratie. Sie sehen immer mehr, daß die Bürokratie völlig unnütz ist.

Wir wollen Arbeiter in der DDR: Beginn der politischen Revolution

in Ost und West

Die Herrschaft der Bürokratie wird zu einem immer größeren Hemmnis für die Entwicklung der Gesellschaft. Gerade für solch ein entwickeltes Land wie die DDR ist über diktatorische Kommandos kein Fortschritt mehr zu erzielen. Wenn Arbeiter in der Produktion und in der Verteilung heute Mißwirtschaft, Korruption und Stümperei erkennen, haben sie keine Motivation, etwas zu verbessern. Dann sie arbeiten nicht für ihr eigenes Wohl. Die Früchte ihrer Arbeit rauben sich die Bürokraten in Form von Privilegien. Sie haben eigene Läden zum Einkaufen, eigene Krankenhäuser, eigene Villenviertel usw.

Die Bürokratie insgesamt hat vor allem ein Interesse: Diese Privilegien zu behalten. Die Arbeiter und Jugendlichen, die sich mehr demokratische Rechte erkämpfen, werden solche Rechte als weitere Waffe im Kampf gegen die Privilegien nutzen. Der Kampf in der DDR wird daher früher oder später die Machtränge stellen: Wer herrscht im Land? Solange die Bürokratie herrscht, selbst wenn sie „Reformpolitik“ betreibt, existiert mit ihr das entscheidende Hindernis für ein besseres und erfüllteres Leben.

Programm gegen die Bürokratie

Schon Lenin hob vier Bedingungen hervor, unter der die Arbeiter ihre eigene Demokratie organisieren und das Entstehen einer privilegierten Bürokratie verhindern können. Sie sind mit einer fünften Forderung, die Marxisten heute vertreten, der Kern des Programms zum Sturz der Bürokratie auch in der DDR.

- **Wahl- und jederzeitige Abwählbarkeit aller Vorgesetzten und Funktionäre.**
- **Begrenzung des Lohnes aller Funktionäre auf einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.**
- **Rotation der Ämter in dem Sinne, daß Zug um Zug alle Arbeiter in die Leitung von Wirtschaft und Staat eingearbeitet werden.**
- **Keine stehende, kasernierte Armee, sondern ein bewaffnetes Volk, d.h. demokratisch aufgebaute Arbeitermilizen.**
- **Kein Ein-Parteien-System, sondern volle demokratische Freiheiten für alle Personen und Parteien, sofern sie nicht mit Waffengewalt den Kapitalismus wiederherstellen wollen.**

Eine Arbeiterdemokratie würde auch beweisen, daß die Planwirtschaft dem Kapitalismus hoch überlegen ist. In mancher Beziehung kann man das heute schon sehen: Im Ausbau der Sozialleistungen war die DDR bisher weiter als z.B. die BRD. Die Gesundheitsversorgung war bislang kostenlos, die Mieten machten nur 10% des Lohnes im Durchschnitt aus. Doch die schmarotzerische Bürokratie stellt diese Erfolge der Planwirtschaft immer mehr in Frage.

Heuchelei der Kapitalisten

Wenn die Arbeiter in der DDR mittels eigener gewählter Organe selbst regieren würden, sähen die Arbeiter im Westen darin ein Vorbild gegenüber der kapitalistischen Anarchie.

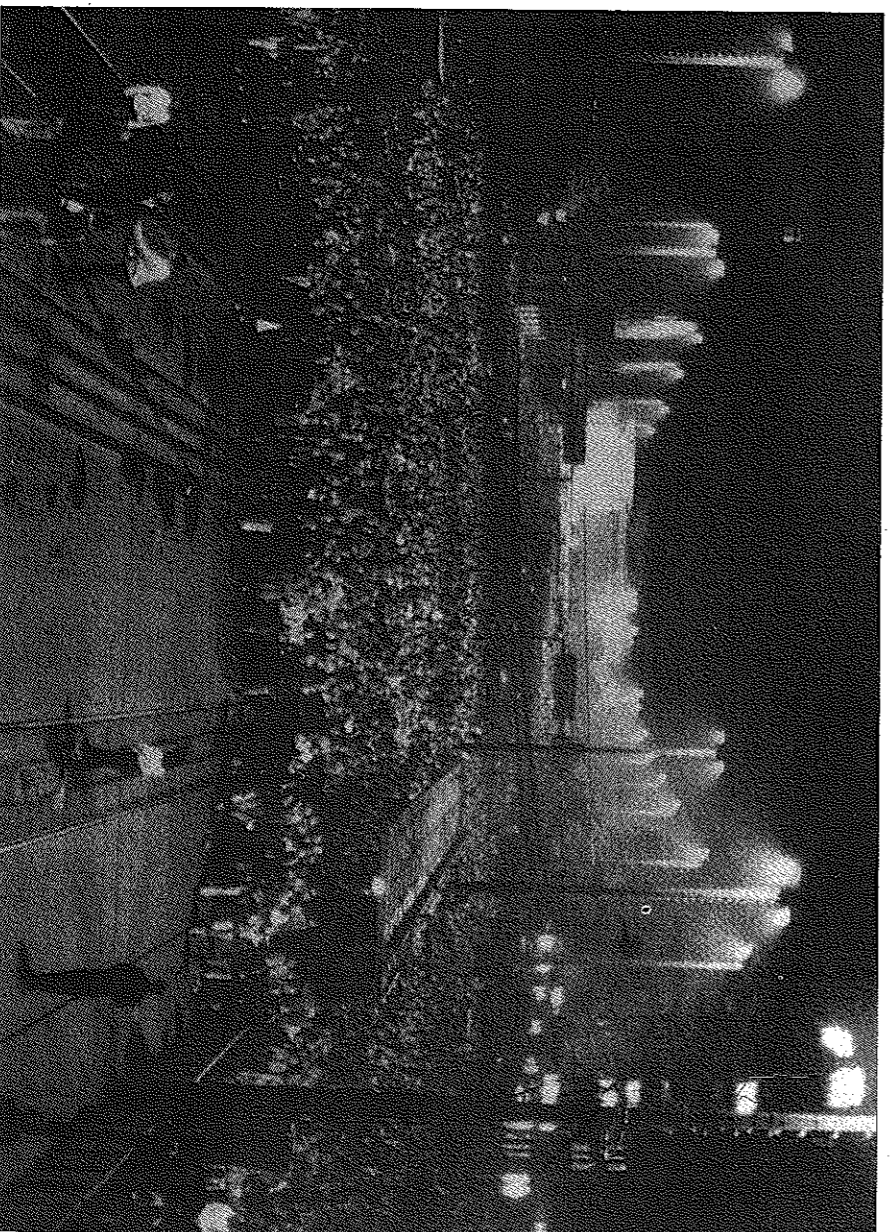
Die Kapitalisten hier nutzen es für ihre Propaganda, daß es jetzt eine Konjunktur gibt und reden vom Sieg des Kapitalismus über den „Sozialismus“. Bezeichnend ist: Sie fordern nicht, daß die Arbeiter in der DDR die Bürokratie, sondern daß die Bürokratie die Planwirtschaft abschaffen soll! Denn die Herren Kapitalisten haben grundsätzlich nichts gegen die Unter-

drückung der Arbeiter, ihr System ist auch ein Unterdrückungssystem. Flexibilisierung der Arbeitszeit, Gesundheits-„reform“, Wohnungsnot, Massen- und Dauerarbeitslosigkeit, Inflation, und und ... Das bietet uns der Kapitalismus, obwohl von dem Entwicklungsstand der Industrie und der Gesellschaft her ein sorgentreezes Leben für alle möglich wäre. Was werden die Kapitalisten erst an Angriffen starten, wenn die nächste Wirtschaftskrise gekommen ist?!

Für Arbeiter in Ost und West hat es letzten Endes wenig Sinn zu fragen, ob Herrschaft der Bürokratie oder die kapitalistische Gesellschaft besser ist. Wir müssen beides überwinden und zu einer demokratischen Planwirtschaft kommen, in der die Arbeiter alle Möglichkeiten, die der technische Standart bietet, in allgemeinem Wohlstand umwandeln, ohne etwas davon an eine reiche Mindertheit zu verschwenden. Die Bürokratie im Osten und das Kapital im Westen wollen sich zur Zeit

nicht gegenseitig stürzen, denn sie haben gemeinsam Angst vor den Arbeitern. Die Arbeiter hüben und drüben sollen mit gegenseitiger Unterstützung darauf antworten. Wir sind für konkrete Solidaritätsaktionen (siehe auch Artikel auf Seite 3). Aber letzten Endes nutzt es den DDR-Kollegen am meisten, wenn wir konsequent den Kampf gegen das Kapital und für eine Arbeiterdemokratie in der BRD aufnehmen.

Bruno Hof, Köln, Jungsozialist



Die Arbeiterklasse und die Jugend der DDR hat genug von Korruption und Unterdrückung.

Siehe hierzu auch den Kommentar auf Seite 2 und den Artikel auf Seite 3.

Der Kommentar

Perspektiven für die DDR

Noch vor wenigen Monaten konnte die DDR als das mit Abstand stabilste Land im Ostblock angesehen werden. Massendemonstrationen in Peking, 100.000 streikende Bergarbeiter in der UdSSR, Solidarnosc-Regierung in Polen, „Demokratisierung“ in Ungarn usw.; all diese Explosionen und Entwicklungen schienen undenkbar in der DDR.

Nun sind die Herren des SED-Politbüros von der Entwicklung eingeholt worden, jetzt befinden sie sich an der Spitze der Liste der instabilsten Länder. Auch in der DDR haben sich in den letzten Jahren die Widersprüche des stalinistischen Systems, der bürokratischen (Fehl-)Planung, weitererzweiteln und auch nur annähernd beschränkte demokratische Freiheiten zuzunehmen, führten schon seit Jahren zu einer bis vor kurzem zunehmenden Resignation und Hilflosigkeit der DDR-Bevölkerung. Die steigende Zahl der Übersiedler und die Flüchtlingswelle waren der Höhepunkt dieser Phase der Entwicklung in der DDR.

Seit den ersten Demonstrationen im Sommer, vor allem aber seit den Massendemonstrationen nach der 40-Jahr-Feier Anfang Oktober hat sich die Lage völlig verändert. Die Resignation ist dem Willen, für die berechtigten Forderungen zu kämpfen, gewichen; aus einer kleinen isolierten Schaar Oppositioneller ist eine Massenbewegung geworden. Erstmals, seit dem Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953, sieht sich die SED-Bürokratie einem solchen Druck von unten ausgesetzt. Die steigende Zahl der Demonstrationen und Demonstrationen zeigt, wie viel Druck sich über die letzten Jahre angestaut hat. Der Austausch von Honnecker zu Krenz, einen Tag, nachdem 150.000 Arbeiter und Jugendliche allein in Leipzig auf der Straße waren, ist nicht nur ein Beweis für die Stärke der Bewegung, sondern auch der Unsicherheit und Schwäche der SED-Spitze. Sie befindet sich in einer Zwickmühle.

Gotbatschows Perestrojka, Polens Solidarnosc-Regierung sowie „freie“ Wahlen in Ungarn waren und sind nichts anderes als der Versuch, mit Reformen von oben Revolutionen von unten zu verhindern. Sie sind der Ausdruck dafür, daß die stalinistische Bürokratie zu einer absoluten Fessel für die weitere Entwicklung der Gesellschaft geworden ist. Eine der wichtigsten Auswirkungen dieser Politik aber ist, daß die Arbeiterklasse die neuen Freiäume nutzt, daß sie die herrschende Schicht entmachten kann. Der Bergarbeiterstreik in der UdSSR zeigte, daß sehr wohl Reformen von oben die Revolution von unten beschleunigen können.

Die Lockerungsübungen der letzten Zeit, die Dialogbereitschaft, selbst größere Reformen, sind bloße Reaktionen auf die Massenbewegungen. Zugeständnisse wurden und werden mit Recht als Erfolge der Bewegung gesehen. Der Appetit kommt bekanntlich bei dem Essen. Wenn man diese und jene Zugeständnisse erreichen konnte, warum dann nicht mehr? Um mit einer Reformstrategie die Lage auch nur mittelfristig zu stabilisieren, ist es zu spät. Da ist es dann auch nur eine zweitrangige Frage, ob der erste Mann in der Partei Krenz oder Modrow heißt. Keine Reformen durchzuführen heißt allerdings unmittelbare Massenerhebung der Bevölkerung. Eine „Pekinger Lösung“ kommt für die Bürokratie in der DDR vorerst nicht in Betracht. Dazu ist die Arbeiterklasse zu stark. In welche Richtung die SED-Spitze auch gehen mag, sie wird in einer Sackgasse landen. In den nächsten Monaten werden wir die größte Massenbewegung der Nachkriegszeit in Deutschland erleben.

Sicherlich gibt es noch Illusionen in Gotbatschow und in den „Reformflügel“ der SED. Sobald allerdings die Arbeiter als Klasse die Bewegung anführen, wird es gelingen, die Bürokratie noch weiter zu isolieren, die untere Schicht der Bürokratie, d.h. viele SED-Mitglieder zu gewinnen oder zu neutralisieren und deutlich zu machen, daß die Arbeiterklasse die einzige Kraft ist, die in der DDR in der Lage ist, die notwendigen Veränderungen durchzusetzen.

Eine Revolution in der DDR wird nicht nur den Stalinismus in gesamt Osteuropa in Frage stellen, sondern auch den Imperialismus im Westen, besonders natürlich in der BRD. Das bundesdeutsche Kapital wird deshalb alles daran setzen, um die SED-Spitze zu stabilisieren. Aber selbst wenn sich durch wirtschaftliche Unterstützung die Versorgungslage verbessern sollte, wird dies der Bürokratie nur eine kurze Atempause verschaffen.

Der Prozeß der politischen Revolution in der DDR hat begonnen. Ob und wann dieser Prozeß erfolgreich zu Ende gebracht werden kann, hängt davon ab, ob und wann die Arbeiterklasse die Notwendigkeit des Sturzes der Bürokratie erkennt, und wann es ihr gelingt, die dafür erforderliche unabhängige Arbeiterorganisationen zu schaffen.

Es muß immer wieder betont werden, daß die Arbeiterklasse in den Ostblockländern, wenn sie erst einmal in Bewegung ist, nicht für die Wiederherstellung des Kapitalismus eintritt, sondern für ihre eigene Herrschaft. In der DDR 1953, in Ungarn 1956, in Polen 1980/81, in den sowjetischen Bergarbeiterregionen in diesem Jahr – stellten die Arbeiter selbst die Kontrolle über die Wirtschaft und volle demokratische Rechte.

Eine von den Arbeitern der DDR erkämpfte Arbeiterdemokratie wäre ein Vorbild für andere Arbeiter, vor allem aber für die westdeutsche Arbeiterklasse; die Mauer würde fallen, die Idee der Arbeiterdemokratie die BRD und die ganze westliche Welt erfassen. Die Tage der deutschen Teilung und der Grenzen innerhalb Europas wären gezählt. Die politische Revolution in der DDR führt unmittelbar zur sozialistischen Revolution in der BRD. (21.10.89)

VORAN

zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften

Erscheint seit Dezember 1973

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Oßinger

Redaktionsanschrift:
VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Telefon 0221/134504

Druck: Blitz-Druck GmbH, Heegstraße 26-28, 4300 Essen 11
Bankverbindung: Postgiroamt Essen, Kto.-Nr. 250059-430

Kommunalwahlen in NRW CDU verliert zurecht - SPD gewinnt zuwenig

Köln:

Dämpfer für die SPD

Um 19 Uhr war es so weit: Statt die absolute Mehrheit zu erreichen, hatte die SPD am 1. Oktober in Köln 4,3% der Stimmen verloren. Mehr als ver-schärfte wird diese Niederlage noch durch den Einzug der Reps in den Rat. Die langen Gesichter der Genossen am Wahlabend waren allzu verständlich. Hatten sie nicht einen aktiven Wahlkampf geführt wie seit Jahren nicht mehr? Aber trotz zehntausender Hausbesuche, Stadtviertelstreffen usw. ist die SPD von ihrem Wahlziel der absoluten Mehrheit weiter entfernt als vor fünf Jahren.

Sicherlich, die CDU hat ihre verdiente Quittung erhalten. Die für die Bosse so erfolgreiche Politik der Bundesregierung honorierte der Wähler damit, daß er die Blüm'sche CDU NRW's erstmals seit 1956 deutlich unter die 40%-Schwelle drückte. Auch in Köln erzielte die CDU eins ihrer schlechtesten Ergebnisse überhaupt. Profitieren konnte die SPD von diesem Niedergang allerdings nun überhaupt nicht. Die FDP sitzt wieder im Rat, und den Reps ist es gerade in den traditionellen Arbeiterorten gelungen, zum Teil zweistellige Ergebnisse zu erzielen. Gerade in den SPD-

Hochburgen war es den Faschisten möglich, selbst SPD-Wähler direkt zu sich rüberzuziehen. Wie konnte das geschehen?

Wahlprogramm

In Köln sind beim Wohnungsumknapp 30.000 wohnungssuchende Haushalte registriert und obwohl der Aufschwung in sein achties Jahr geht, sind über 50.000 arbeitslos gemeldet. Natürlich wurden diese Probleme im Wahlprogramm aufgegriffen. Aber neben Standardforderungen wie Ausbau der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und berechtigten verbalen Angriffen auf die Kohl-Regierung finden sich nur noch Ideen, wie man Köln für das Kapital attraktiver gestalten kann.

Geändert hat dieses Konzept an der Massenarbeitslosigkeit bisher freilich nichts: Es ist nun mal ein Irrtum, daß steigende Profite Arbeitsplätze garantieren.



Wahlkampf der Kölner SPD: Kein überzeugendes Reformkonzept.

Aachen:

CDU endlich weg vom Fenster

In Aachen ging eine Ära 40jähriger CDU-Allein Herrschaft zu Ende. Bei den Kommunalwahlen am 1. Oktober verlor die Aachener CDU 8,5%. Das waren die stärksten Verluste für die CDU in einer Stadt bzw. einem Kreis in ganz NRW. Die SPD erreichte 38,5% der Stimmen, die CDU 40,7%, die FDP 5,4% und die Grünen 10,9%. SPD und Grüne haben nun die Mehrheit im Stadtrat, ein Ergebnis, das noch vor ein paar Jahren viele Linke für utopisch gehalten haben.

Die CDU selbst schien ihre Niederlage gehaut zu haben. Ihre Großflächchenplakate waren in düsterem schwarz-grau gehalten. „Lieber kleine Schritte als leere Versprechungen“ verkündete eine CDU-Parole den Wählern. Doch die hatten mehrheitlich 40 Jahre leere Versprechungen satt und wollten sich auch nicht mit kleinen Schritten vertrösten lassen. In Aachen hatte der jetzt abgewählte CDU-Oberbürgermeister in seiner gesamten Amtszeit keine einzige städtische Wohnung eingeweiht, weil keine gebaut worden war. Stattdessen beschloß die CDU, städtische Wohnungen zu verkaufen. Nach 40 Jahren absoluter CDU-Mehrheit fehlten mehrere tausend Wohnungen, fehlten Kindertagestätten, Kindergärten, Kindertagesstätten, Gesamtschulen, Freizeitanlagen, Arbeits- und Ausbildungsplätze... Dafür bekam die CDU die Quittung.

Die Aachener SPD hatte in ihrem Wahlprogramm einige Reformforderungen: den Stopp von Privatisierungen städtischer Leistungen und deren schrittweise Rücknahme, Anpassung von Kindergärten und Kindertagesstätten an den Bedarf, ein städtisches Wohnungsbauprogramm von 250 Wohnungen in fünf Jahren. Leider wurden diese, wenn auch unzureichenden Reformvorhaben, im Wahlkampf nicht in den Vordergrund gestellt. Auf Plakaten warb die SPD mit dem Slogan: „Das Konzept stimmt: Jürgen Linden und die SPD“.

statt, direkt ihre Forderungen zu propagieren.

Die FDP gewann 2,2% und schaffte den Sprung in den Stadtrat. Viele Stimmen für die FDP könnte die SPD auf sich vereinigen, wenn führende SPD-Politiker nicht ständig Wahlwerbung für die FDP betreiben würden, wie Johannes Rau, der sich am Wahlabend in der Fernsehunde über das Wiedererstarken der FDP freute. Die Reps schafften mit 4,4% zwar

„Uns sind vermutlich die Probleme, die es in dieser Stadt gibt, angeleitet worden. Aber wir sind weder für Dauerarbeitslosigkeit noch für Wohnungsnot verantwortlich“ so weit der Kölner SPD-Vorsitzende Uhenbruch in einer ersten Stellungnahme nach der Wahl. Zwar stellt die SPD seit 33 Jahren den Oberbürgermeister, aber weder hat sie Betriebe dichtgemacht noch den Mietraien Tür und Tor geöffnet. Die Verantwortung für Massenarbeitslosigkeit und Wohnungsnot tragen die Kapitalgeber und deren Bundesregierung. Aber die Kölner SPD-Führung muß sich fragen lassen, ob sie ihre Möglichkeiten tatsächlich genutzt hat.

Ettliche 100 Millionen wurden z.B. in Großprojekte investiert, deren Nutzen für die Bevölkerung genau so gering war wie deren Effekt auf den Arbeitsmarkt. Derartige Projekte, die Kommunalmittel binden, müssen gestoppt werden.

Reformkonzept

Keine Kommune der Welt kann das Problem der Massenarbeitslosigkeit oder der Wohnungsnot engtüg lösen. Die Verantwortlichen, Großindustrielle, Banken und Versicherungen, sind lokal nicht zu entmachten. Die SPD wäre aber in der Lage, durch ein klares und radikales Reformkonzept die Situation der Arbeiterklasse in Köln zu verbessern, die Ursachen und die Verantwortlichen der Misere zu nennen und so die Bevölkerung in Zusammenarbeit mit dem DGB gegen Kohl und Kapital zu mobilisieren. Nur durch konkrete Verbesserungen, klare Antworten und -Programme kann die SPD verlorene Glaubwürdigkeit zurückgewinnen.

Nach der Niederlage bei den Kommunalwahlen ist eine offene Diskussion auf allen Ebenen der Partei notwendig geworden. Gerade die Jusos haben hierbei eine wichtige Rolle zu spielen. Ihre Aufgabe ist es, die erforderliche Linkswende der Partei voran zu treiben.

Frank Kirsch, Köln
Jungsozialist

nicht den Einzug in den Stadtrat, kamen jedoch in einzelnen Wahlbezirken auf Ergebnisse zwischen 6 und 10%. Und zwar in den Wahlbezirken, in denen die SPD Stimmen verlor. Deren alarmierenden Wahlerfolge sollten die SPD-Führung nicht nur zum Nachdenken, sondern zum Handeln zwingen. SPD-Oberbürgermeister Jürgen Linden sagte, den Reps könnte „nur dann das Wasser abgegraben werden, wenn man die Unzufriedenheit ernst nimmt und die entsprechenden politischen Maßnahmen ergreift“. Jeder einzelne ist aufgefordert, für die Umsetzung dieser Politik in der SPD und bei den Jungsozialisten aktiv zu werden.

Georg Kimmel, Aachen
Jungsozialist



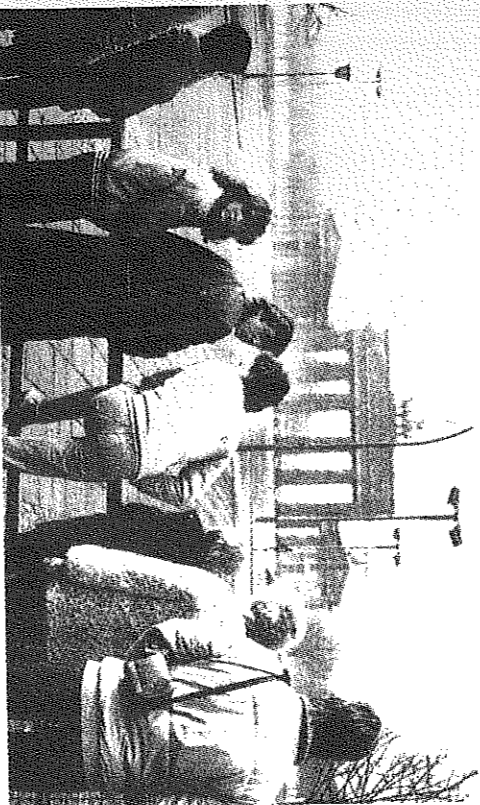
Die Auseinandersetzung mit den Faschisten spielte im Wahlkampf eine wichtige Rolle.

Oppositionsbewegung in der DDR

Konsequenzen für die Arbeiter-Bewegung der BRD

Die Herausbildung von Massenkämpfen der Jugendlichen und Arbeiter in der DDR gegen die Bürokratie ist auch zum vorhersehenden Thema der BRD geworden. Während noch vor zwei Monaten der Flichtlingsstrom über Ungarn das Thema überhaupt war, haben die jüngsten Massendemonstrationen gezeigt, daß die Opposition in der DDR keinen westlichen Kapitalismus einführen, sondern demokratische Rechte erkämpfen und Privilegien der Bürokratie bekämpfen will. Noch Anfang September war „Wir wollen raus“ die vorherrschende Parole; jetzt lauten die Sprechchöre „Wir bleiben hier“, „Wir sind das Volk“, „Stasi in die Arbeitswelt“ ...

Die Arbeiterbewegung in der BRD, wie auch insbesondere die Jusos und SPD-Linken sollten das Thema DDR



Die Mauer muß weg! Die Menschen müssen reisen, die Arbeiter zusammenkommen können.

Kommunale Kürzungen

Lüttich ist meite!

Seit Ende September befinden sich die Angestellten der belgischen Stadt Lüttich im Streik. Die Stadt kann keinen Lohn mehr zahlen und will ca. 1500 von 5000 Beschäftigten entlassen. Die Finanzkrise aller belgischen Gemeinden und insbesondere Lüttichs besteht seit 1981. Die hochverschuldete belgische konservative Regierung spart immer mehr bei den Kommunen, obwohl diese immer höhere Sozialleistungen tragen müssen.

In den letzten acht Jahren haben mehr als 40% der Beschäftigten im öffentlichen Dienst Belgiens unter Angriffen gelitten. Schon 1983 streikten die städtischen Arbeiter in Lüttich zehn Wochen lang gegen Kürzungen und Entlassungsmaßnahmen einerdamaligen rot-grünen Mehrheit. Doch schon dieser Streik ging wegen fehlender nationaler Unterstützung durch die Gewerkschaftsführung verloren. Seit acht Jahren bangen sie regelmäßig um ihren Lohn, weil der Stadtrat jeden zweiten Monat bekanntgibt, daß es nicht sicher sei, ob er sie auszahlen kann. Die Antwort der Beschäftigten ist immer Streik gewesen, da die sozialistische Gewerkschaft in Lüttich bislang die Parole ausgab: „Kein Lohn, keine Arbeit!“

Rolle der Banken

Die Finanzkrise der belgischen Kommunen ist ein Teufelskreis. Um Löhne zu zahlen, müssen sie stets neue Kredite aufnehmen. Nutznießer dieser Situation sind die Banken, die z.B. von Lüttich 15% Zinsen verlangen. Die Kommunen sind den Banken betrosausgeliefert, ihnen gegenüber betreiben die Banken mittlerweile eine Politik wie der Internationale Währungsfond gegenüber der „3. Welt“. Sie vergeben Kredite nur noch, wenn sich die Kommunen verpflichten, Kürzungen und Entlassungen durchzuführen. Sie bestimmen so die Kommunalpolitik, Stadträte werden zu ihren Marionetten.

Der erste Schritt, die Krise der Kommunen zu lösen, kann daher nur die Verstaatlichung der Banken unter demokratischer Arbeiterkontrolle sein. Selbst Kürzungspolitik führt nicht zu „solideren“ Finanzen: Die Situation heute ist schlimmer denn je, obwohl in den letzten acht Jahren in Lüttich

In der Frage der Übersiedler aus der DDR heißt dies: keine Spaltung zwischen DDR-Übersiedlern, Ausländern aus Osteuropa, „Gastarbeitern“ aus dem Mittelmeerraum und Asylbewerbern aus aller Welt! Statt über die Schlechterstellung von DDR-Übersiedlern nachzudenken, müssen alle Gruppen auf höchstem Niveau gleichbehandelt werden. Arbeit und Wohnung für alle! Nicht die Menschen, die in die BRD kommen, sind schuld an Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, sondern die Kohl-Regierung und das Kapital.

Statt Berührungängsten und Maßnahmen darüber, ob die DDR-Übersiedler alle „Karristen“ und „CDU-Wähler“ sind, sollten SPD, Jusos und Gewerkschaften Kontakt zu ihnen aufnehmen, noch bevor dies CDU/CSU, der „Bund der Mitteldeutschen“ oder zweifelstige Versicherungsagenten tun. Die Gewerkschaften sollten sofort alle Übersiedler auf ihre tariflichen und gewerkschaftlichen Rechte hinweisen, um zu verhindern, daß sich auch nur ein Übersiedler als Lohndrücker mißbrauchen läßt.

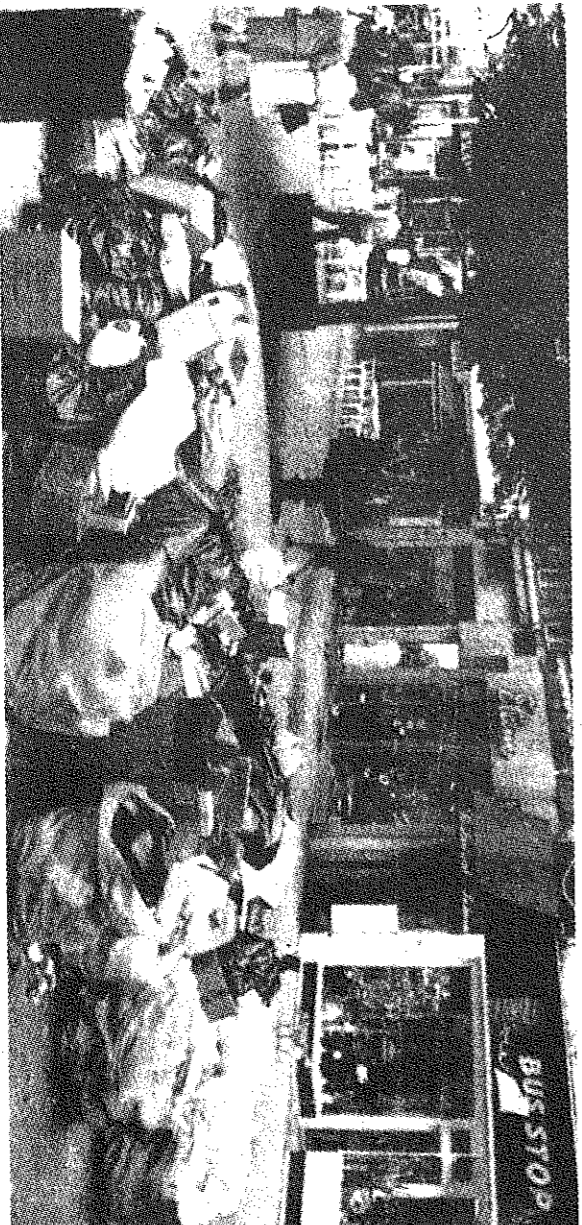
SPD-Ortsvereine und Juso-AGS könnten das Thema DDR auf die Tagesordnung setzen und hierzu gezielt Übersiedler in ihren Durchgangsunterkünften aufsuchen.

Opposition

in der DDR unterstützen

In den politischen Stellungnahmen sollte klar zum Ausdruck kommen, daß SPD, Jusos und Gewerkschaften die kämpfende Opposition der DDR unterstützen und als ihre Ansprechpartner betrachten. Es darf keine Aufwertung derer geben, die noch vor

(die von Mitgliedern der KP dominiert wird) in den letzten Wochen nichts anderes eingefallen, als die Arbeiter tagtäglich planlos zu vielen kurzen Märschen durch die Stadt aufzurufen. Davon haben viele Arbeiter jetzt die Nase voll, einige greifen sogar zu hoffnungslosen Aktionen. Trotzdem sind solche Aktionen Ausdruck davon, daß es eine Aufnahmebereitschaft für revolutionäre Ideen gibt. Z.B. marschierte eine Gruppe von Arbeitern zum Büro der christlichen Partei und machte daraus Kleinholz. Andere Arbeiter gingen in eine Bank, zündeten

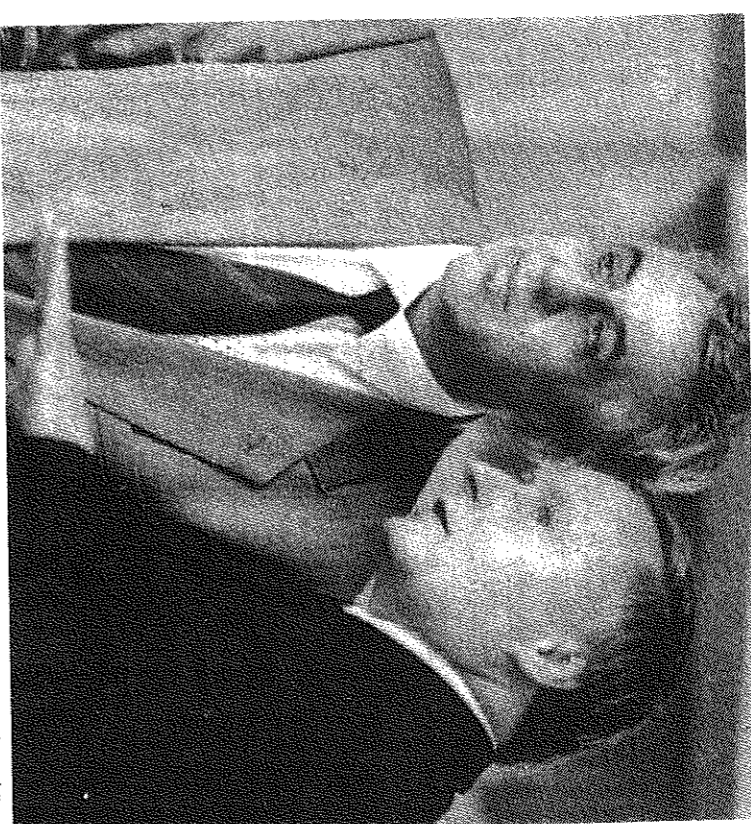


Eine Straße in Lüttich während des Streiks. Die Banken, sondern weichen den „Sachzwängen“. Die größte Enttäuschung, die Lüttichs Arbeiter erleben, ist, daß dieser bisher größte Kahl-schlag unter einer „sozialistischen“ Stadtratmehrheit geschieht.

Wut bei den Arbeitern

Jahrelange ständige Angst um die Löhne und ständiger Kampf sind natürlich ermüdend. Und trotzdem ist der örtlichen Führung der Gewerkschaft für die städtischen Angestellten

kurzem brutale Polizeieinsätze gegen Demonstranten anordnen ließen und Verständnis für das Massaker vom Platz des Himmlischen Friedens zeigen (wie Egon Krenz am 1.10.89 in Peking). Kontaktaufnahme und freundschaftliche Gespräche mit der SED-Spitze, die diese nur aufwerten, sollten unterbleiben. Gespräche sollten nur im Falle konkreter, laudender



Krenz und Oskar Lafontaine: Solche Gespräche wurden bisher in ihrem Nutzen überschätzt. Projekte (wie z.B. Umweltschutz) weiter laufen.

Wir setzen nicht auf einen geläuterten Egon Krenz, sondern auf die für wirkliche sozialistische Demokratie demonstrierenden Arbeiter und Jugendlichen in der DDR. Die Jusos sollten nicht auf die Diplomatie mit der FDJ-Spitze orientieren, sondern alle Ansätze zur Bildung einer autonomen Studentenorganisation in der DDR unterstützen. Die DGB-Gewerkschaften sollten sich dafür einset-

Einige Arbeiter wurden sogar schon verhaftet. Sogar der Führer der Lütticher Gewerkschaft der Stadtangestellten mußte zur Vernehmung zur Polizei, wurde aber unter der Auflage freigelassen, „seine Leute zu beruhigen“!

SP gespalten

In Belgien spielte der Konflikt zwischen Wallonen und Flamen schon immer eine große Rolle. Früher hatte die wallonische SP-Führung die Kürzungen in den Kommunen der Wallonie (also auch Lüttichs) der nationalen „flämischen“ Regierung angelastet. Daher traten viele wallonische Arbeiter für den Föderalismus ein: Sie hofften, mit der starken sozialistischen Gewerkschaft und einer starken sozialistischen Landesregierung in der Wallonie gegen die Kapitalisten und deren Nationalregierung zurückzuschlagen zu können. Nun aber bezeichnen

zen, daß direkte Verbindungen BRD-DDR zwischen Beschäftigten entsprechender Branchen in beiden Ländern hergestellt werden. Auch Ju-so-Untergliederungen sollten sich um direkte Verbindungen zu Oppositionsgruppen, vor allem in Betrieben, bemühen.

Nur wenn wir den jetzt begonnenen Kampf für eine echte sozialistische

von einer Polizeikette abgeriegelt ist. Allerdings sprach sich die SP Lüttichs mehrheitlich gegen die Entlassungen aus. Als die SP-Fraktion unter dem Druck der Banken umfiel, scherten sieben sozialistische Ratsmitglieder aus und blieben standhaft. Die rechte Mehrheit der SP-Fraktion bezeichnet sie als Rebellen, obwohl sie nur Parteibeschlüsse umsetzen. Diese sieben Ratsmitglieder erfreuten sich großer Popularität in der Bevölkerung. Doch sie haben keine klare Alternative. So gibt es unter den Arbeitern verschiedene Meinungen: Einige fragen sich, ob diese sieben nicht eine bessere neue sozialistische Partei gründen sollten, andere Arbeiter ziehen den Schluß, in die SP einzutreten und die sieben zu unterstützen.

Ausweitung möglich

Es wäre durchaus die Chance vorhanden, aus dem Konflikt mit einem Sieg hervorzugehen. Ende des Jahres kommen die nationalen Verhandlungen für die kommunalen Angestellten von ganz Belgien, die Ausweitung des Kampfes brächte endlich Perspektiven in den Kampf der Lütticher Arbeiter. Arbeiter anderer Kommunen haben ihre Bereitschaft zum Mitmachen schon deutlich gemacht. Besonders erfreulich ist, daß die meisten Sozialistensadressen, die die Lütticher Kollegen erreichten, aus flämischen Städten kamen. Die Lütticher Arbeiter zweifeln mittlerweile an der Idee des Föderalismus.

Aber die nationale Führung der Gewerkschaft der städtischen Angestellten will den Kampf vermeiden. Sie hat sogar Briefe an die Untergliederungen verschickt, die Solidaritätsmaßnahmen für Lüttich beschlossen haben, in denen sie schrieb, daß es „verboten“ sei, sich dort „einzumischen“. Doch nicht alle Arbeiter wird dieses Verbot beeindrucken. Zu viele ahnen, daß Lüttich bald überall sein wird. In dieser Stadt kann wie in einem Labor beobachtet werden, wie es bald in ganz Belgien aussen wird. Diese Auseinandersetzungen finden in Zeiten der Konjunktur statt, die nächste Rezession wird die Lage noch zusätzlich verschlimmern. Auch die Arbeiterklasse der BRD kann in diesem Labor die Probleme sehen, mit denen sie in den nächsten Jahren konfrontiert wird.

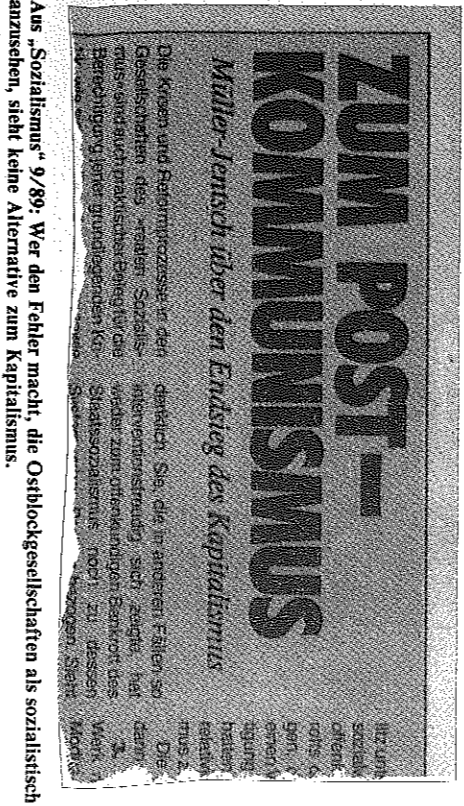
Gaëtan Kayitare, Aachen
SPD-Mitglied

Diskussion bei den Jungsozialisten

KRISE IM OSTBLOCK - KRISE DES SOZIALISMUS?

Die tiefe, grundlegende Krise in den Ostblockstaaten beschäftigt viele Menschen. Auch in den Reihen der Jusos brechen sich jetzt erneut Diskussionen zu grundsätzlichen Fragen des Sozialismus Bahn. Der „Hannoveraner Kreis“, die Strömung, die momentan die Politik der Jusos bestimmt und mit Susi Möhbeck den Bundesvorsitz stellt, versucht in seinem Strategiepapier „Projekt Moderner Sozialismus - 53 Thesen“ in einigen Thesen auf diese Fragen Antworten zu geben. VORAN veröffentlicht demnächst eine Broschüre, die sich mit den „53 Thesen“ auseinandersetzt. An dieser Stelle wollen wir schon vorab Auszüge abdrucken, die sich schwerpunktmäßig mit dem Ostblock beschäftigen.

Während die generelle Abwärtsentwicklung des Kapitalismus von der derzeitigen Konjunktur verschleiert wird, sehen sich die Ostblockländer in eine tiefe grundlegende Krise gestürzt. Um diese Krise zu verstehen, muß der Charakter dieser Gesellschaften begriffen werden. In These 17 steht: „Erstmals gelang es in einem Land, ein sozialistisches Gesellschaftssystem aufzubauen.“ Zuerst muß festgestellt



Die Krisen- und Reformprozesse in den osteuropäischen Ländern sind durch den Einbruch des Sozialismus und durch die Krise der Sowjetunion zu erklären. Müller-Jentsch über den Einstieg des Kapitalismus.

„Sozialismus“ 9/89: Wer den Fehler macht, die Ostblockgesellschaften als sozialistisch anzusehen, sieht keine Alternative zum Kapitalismus.

wenden, daß die Oktoberrevolution 1917 der bisher einzig gelungene Versuch einer bewußten Revolution durch die Arbeiterklasse darstellt. In dem Zitat erscheint das „sozialistische Gesellschaftssystem“ als etwas Gegebenes, als hätte es nicht erkämpft werden müssen. (...)

Russische Revolution

Die entscheidende Frage aber ist, ob die Ostblockgesellschaften „sozialistisch“ sind. Sowohl Lenin als auch Trotzki gingen davon aus, daß die Revolution in einem unterentwickelten Land zuerst siegen kann; daß die imperialistische Kette zuerst am schwächsten Glied brechen wird, wie Lenin es formulierte. Die Arbeiterklasse war fähig, die Macht zu übernehmen, weil sich die Bolschewiki auf Lenin und Trotzki Perspektive stützen konnten, nach der die Bourgeoisie wegen der Herrschaft des Imperialismus und der Entwicklung eines starren, konzentrierten Industrieproletariats auch in einem zurückgebliebenen Land wie Rußland keine fortschrittliche Rolle spielen konnte.

Die russische Arbeiterklasse war extrem schwach, weil sie im Vergleich zu den Kapitalisten der entwickelten kapitalistischen Länder zu spät auf der Bühne der Weltgeschichte erschienen. Ihre Angst vor der Arbeiterklasse hinderte sie, mit der alten herrschenden feudalen Klasse zu brechen. Sie war deshalb unfähig, die klassischen Aufgaben der bürgerlichen Revolution - Enteignung der Großgrundbesitzer und Verteilung des Landes an die Bauern, Abschaffung nationaler Unterdrückung, demokratische Rechte - anzupacken und zu lösen. Zur Lösung dieser Fragen war die Machteroberung durch die Arbeiterklasse notwendig und nicht das Bündnis der Arbeiter mit dieser schwachen nationalen „liberalen“ Bourgeoisie.

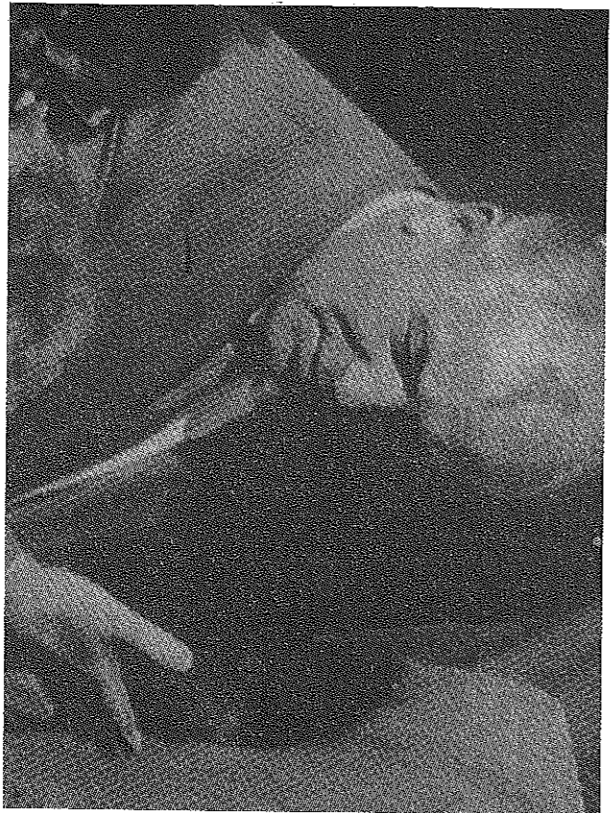
Doch einmal an der Macht wird sich die Arbeiterklasse auch gegenwärtigen, nach und nach die Kontrolle über die Wirtschaft zu übernehmen und sie zu entwickeln, d.h. auch, die Bourgeoisie zu enteignen. Dies ist der erste wesentliche Punkt von Trotzki's Theorie der permanenten Revolution, der in Rußland vollzogen wurde. Der zweite Punkt der Theorie ist aber,

internationales Kampfinstrument der revolutionären Teile der internationalen Arbeiterklasse gegründet, um dem Weltkapitalismus den Garaus zu machen, wurde zu einem außerpolitischen Instrument der SU-Bürokratie umgemodelt, was der Bürokratie mit der Autorität der ersten erfolgreichen proletarischen Revolution im Rücken gehen konnte. Nach und nach wurden aber tausende Klassenbewußte Arbeiter, darunter die meisten marxistischen Kader der alten bolschewistischen Partei, liquidiert. (...)

Deformierte Arbeiterstaaten

(Ab Beginn/Mitte der 30er wurden) die stalinisierten „kommunistischen Parteien ... in „Volksfront“-Bündnisse mit bürgerlichen Parteien geschickt und zur Unterstützung der Bourgeoisie angewiesen. Revolutionäre wurden verfolgt und ermordet, vor allem auch durch den Geheimdienst Moskaus. Kaum ein Land der Welt wurde seitdem von der opportunistischen Politik einer der Parteien von Moskaus Gnaden (und später auch Chinas) verschont. Auch das Entstehen neuer Arbeiterstaaten in Osteuropa, China, Kuba usw. war ausdrücklich gegen die Bestrebungen der SU-Bürokratie. In Osteuropa z.B. wollte sie nur das Entstehen bürgerlicher entmilitarisierter Pufferstaaten. Die Verhältnisse in diesen Ländern zwangen die Besieger über die alte herrschende Reaktion, wie Castro, Mao, im Fall von Osteuropa die SU-Bürokratie selbst, weiterzugehen, als ihr eigenes bürgerlich-demokratisches Programm vorausah. Aber dann achteten sie auf einen: Jede freie Organisation der Arbeiter wurde unterdrückt. Daher waren die Arbeiterstaaten, die neu entstanden, von Beginn an deformiert. Diese Prozesse waren praktisch eine verzerrte Bestätigung der Theorie der permanenten Revolution. (...)

Wir können die Entwicklungen folgendermaßen beschreiben: 1917 wurde der Prozeß der Weltrevolution eröffnet. Doch im ersten Arbeiterstaat konnte eine Bürokratie die Macht erobern, die an der Fortführung der Revolution kein Interesse mehr hatte. Damit hörte die Revolution aber nicht auf, notwendig zu sein; sie brach sich an schwachen Gliedern des Weltkapitalismus.



Mit Gorbatstschows „Reformen“ kam große Verwirrung in die Köpfe der westlichen Linken. geschwächte Proletariat ihrer Herrschaftsorgane berauben konnte und die Macht usurpierte. (...) Die Sowjetunion ist daher ein entarteter Arbeiterstaat.

Mit der Bürokratie entstand auch die Theorie ihrer Rechtfertigung. Stalin verließ 1924 mit seiner Formulierung des „Sozialismus in einem Land“ den Interessen der Bürokratie einen entscheidenden Ausdruck. Diese neue „Theorie“ veränderte, daß die von Stalin vertretene, sich zur Herrschaft emporschwingende Bürokratie kein Interesse an einer Weltrevolution haben konnte, die sogar ihre eigene Herrschaft bedrohen würde. Die „Kommunistische Internationale“, als

Sozialismus?

Wie wenig die Autoren vom Marxismus noch zu verstehen scheinen, zeigt die Aussage, man könne im Kapitalismus die Grundlagen für einen entwickelten Sozialismus legen (siehe Einleitung der Thesen). Der Kapitalismus hat die Grundlagen für den Sozialismus gelegt, ohne daß ein HK'ler mitzuhelfen brauchte. Dadurch, daß er die Produktivkräfte entwickelte, hat er den Produktionsprozeß immer

mehr vergesellschaftet. Und diese Vergesellschaftung steht in immer größerem Widerspruch zu den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen, sie schreit nach Planung durch die Produzenten, der Arbeiter selbst. Keine Gesellschaftsreformation verschwindet aber aus der Geschichte, ohne alle Möglichkeiten zu nutzen, die Produktivkräfte zu entwickeln, die sie in sich birgt. Der unterentwickelteste Sozialismus „beginnt“ dort, wo der entwickelteste Kapitalismus „aufhört“. Die Widersprüche können so stark sein, daß



Susi Möhbeck, Bundesvorsitzende der Jusos, ist Mitautorin der „53 Thesen“.

die Revolution notwendig ist, auch wenn der Kapitalismus noch nicht alle technischen Errungenschaften im großen Maßstab in der Produktion einsetzt. In der bisherigen Geschichte hat es keinen „realen“, „entwickelten“ oder auch „unterentwickelten“ Sozialismus gegeben. Der Sozialismus kann sich erst mit der erfolgreichen Revolution in den entwickelten kapitalistischen Ländern etablieren, d.h. als Ablösung des Weltkapitalismus. Deswegen kann es auch keinen „Sozialismus in einem Land“ geben, wovon der HK ausgeht, auch deshalb sind die Ostblockgesellschaften nicht sozialistisch.

Bürokratie

Bürokratie heißt nicht einfach bürokratisches Verhalten oder administrative Methoden oder ähnliches. Die Bürokratie ist eine soziale Schicht, die sich aus Privilegien auf Grundlage der Planwirtschaft speist. Insofern verteilt die Bürokratie im allgemeinen auch die Planwirtschaft - mehr schlecht als recht - gegenüber den Versuchten, sie ganz abzuschaffen.

Die Planwirtschaften waren aber trotz bürokratischem Hindernis Garant dafür, daß in vielen stalinistischen Ländern die Produktivkräfte entwickelt werden konnten. Aber diese Entwicklung stößt an Grenzen. Das erste Hemmnis ist die weitere Existenz nationaler Grenzen, an deren festzuhaltenden gezwungen ist. Das zweite Hemmnis ist die Existenz der Bürokratie selbst. Eine Planwirtschaft braucht die demokratische Kontrolle der Arbeiter. Wenn sie auf einer entwickelten Ökonomie beruht, wird das Fehlen dieser Kontrolle die Widersprüche immer mehr vertiefen. Um die Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen zu erreichen, muß die Bürokratie verschwinden. Die Kontrolle der Planwirtschaft durch die Bürokratie ist die Basis ihrer Privilegien. In ihren Interessen stehen sich Arbeiterklasse und Bürokratie antagonistisch, d.h. unversöhnlich gegenüber. (...)

So übermächtig die Bürokratie in früheren Jahren aussah, so schwach stellt sie sich heute dar. Die Reformpolitik, die in einigen Ländern heute betrieben wird, ist nur ein verzweifelter Versuch, die Herrschaft der Bürokratie als Ganzes zu erhalten, sie ist nicht der Versuch, sich selbst wegzureformieren. Letzteres tat in der gesamt-

ten Geschichte noch keine herrschende Kaste oder Klasse. (...)

Die allergrößte Verwirrung schaffen die Autoren, wenn sie schreiben, „Antwort auf die „im Kern ... Zuspitzung des Widerspruchs zwischen sozialistischen Produktionsverhältnissen und der Weiterentwicklung der Produktivkräfte“ (in These 17), die sozialistischen Produktionsverhältnisse seien nicht geeignet, die progressiven Tendenzen der WTR umfassend zu enthalten“. Aber Gorbaschow führt doch prokapitalistische Elemente ein und verstärkt bürgerliche Arbeitsnormen! Ist der Kapitalismus die nächsthöhere Stufe zum Sozialismus?

Produktionsverhältnisse und bürokratische Herrschaft

Der Punkt ist, daß in den Thesen das eigentliche Hindernis für eine weitere Entwicklung der Sowjetunion, die Herrschaft der Bürokratie und das Bestehen nationaler Grenzen, nicht gesehen wird. Die Produktionsverhältnisse sind im Ostblock das einzige, was noch einen sozialistischen Charakter hat und den historischen Fortschritt

gegenüber dem Kapitalismus ausmacht. Die Gesellschaft ist aber keine sozialistische. Es fehlen die materiellen Grundlagen (ausgehend vom Niveau der entwickeltesten Wirtschaften) für eine fortlaufende Entwicklung Richtung klassenloser Gesellschaft. Und diese Entwicklung macht das Wesen des Sozialismus aus.

Dementsprechend stirbt und stirbt der Staat in den Ostblockgesellschaften nicht ab. Im Gegenteil wuchs er zu einer riesigen Unterdrückungsmaschinerie heran; es entwickelte sich ein Staatsapparat in einer nie dagewesenen Dimension, der von einer bürokratischen Kaste kontrolliert wird. Produktionsverhältnisse sind Eigentumsverhältnisse - die Bürokratie besitzt nicht die Produktionsmittel (deshalb ist sie auch keine herrschende Klasse), aber sie lebt als Schmarotzer auf der Grundlage der verstaatlichten Produktionsmittel. Die Bürokratie ist das Hindernis, nicht die Produktionsverhältnisse. In den Ostblockstaaten ist eine politische Revolution notwendig zum Sturz der Bürokratie und zur Errichtung eines demokratischen Arbeiterstaates. Die politische Revolution im Ostblock sowie die sozialistische Revolution in den kapitalistischen Ländern sind Bestandteile der Weltrevolution, d.h. des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Projekt Moderner Sozialismus

53 Thesen

Reihe Moderner Sozialismus Heft 1

SPW

Die „53 Thesen“. Alle interessierten Jusos sollten an der bundesweiten Konferenz in Köln, am 16./17. Dezember 1989, teilnehmen, bei der unter anderem die Thesen diskutiert werden.

Bericht aus dem Alltag bei der Bundeswehr

SCHLUB MIT DEN SCHIKANEN!

Mai 1989:

„Sie haben nun Ihr Reifezeugnis erhalten. Jetzt beginnt für Sie der Ernst des Lebens, wobei ich hoffe, daß Ihnen das in 13 Jahren vermittelte Wissen für Ihren weiteren Lebensweg von Nutzen sein wird...“

Juni 1989:

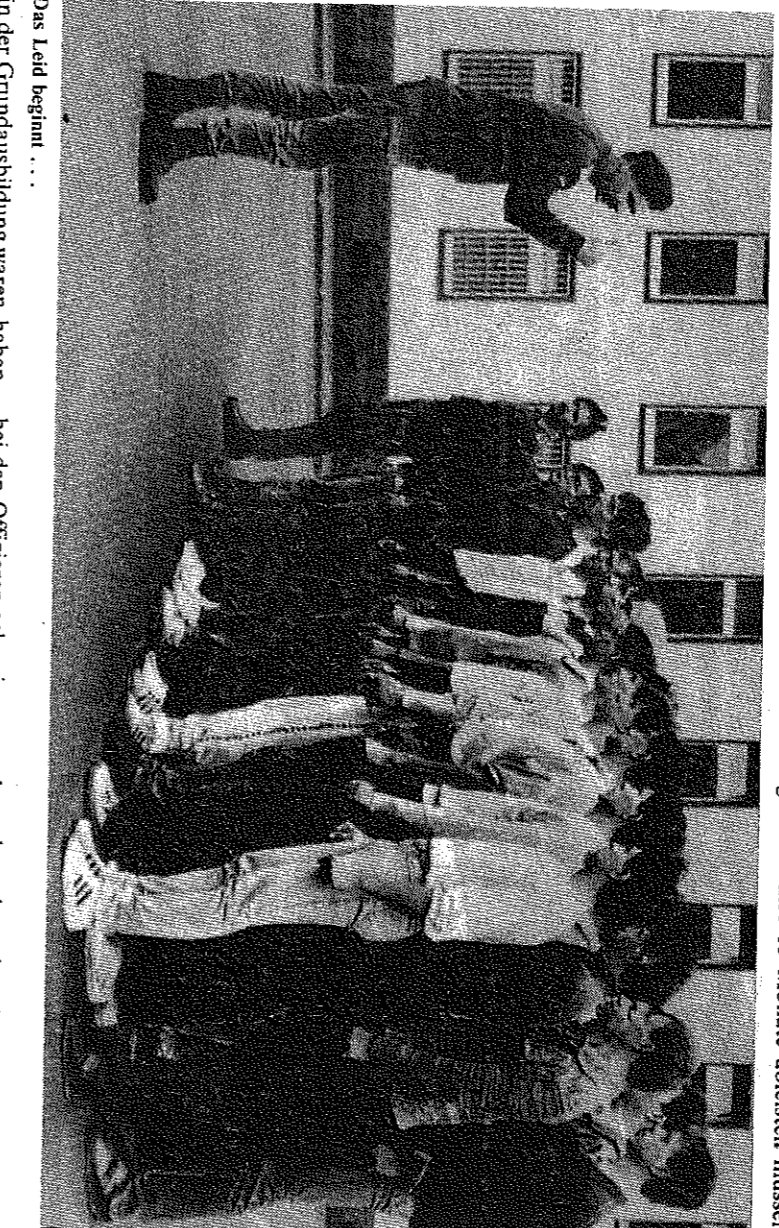
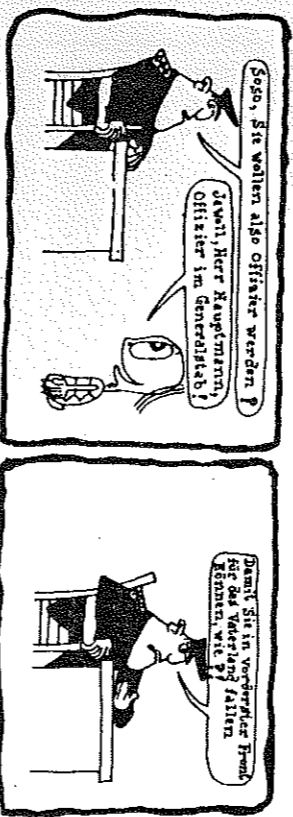
„Achtung! In Linie antreten! Marsch, Marsch! Ruhe! Hier wird nicht geblubbert! Ich gebe hier die Befehle, kapiert? Sie haben doch Abitur, oder? ...“

Das nennt man nun einen wichtigen Schritt ins Leben. Vor zwei Monaten haben wir noch Weg-Zeit-Diagramme aufgestellt - jetzt können wir endlich unser theoretisches Wissen in der Praxis anwenden, nämlich, wie lange wir schon marschieren und wieviele Kilometer wir noch vor uns haben. Warum während seiner Schulzeit noch der Dieter Dödel mit seinen individuellen Neigungen, so ist man jetzt Schütze Dödel, 12. Kompanie, 4. Regiment, 8. Gruppe, und weiter hast du nicht viel zu melden.

Du stehst früh morgens auf, würgst einen Epe(Einmampackung)-Kaffee runter, trittst zum Appell an und wartest, was du an Arbeit zugewiesen be-

kommst, wenn du nicht gerade Wache schieben mußt oder Ausbildung im Gelände ist. Frustrierend ist es, zu sehen, wie nach Dienstschluß alle aus der näheren Umgebung nach Hause fahren und du dableiben mußt, weil du 250km entfernt wohnst. Wenn du nicht zu kaputt bist, gehst du abends ins Café, in die Disco oder treibst Sport, gehst in die Sauna usw.

Während der Grundausbildung in den ersten drei Monaten war dies freilich schlimmer, da wir um 22 Uhr Zapfenstreich hatten und brav im Bett liegen mußten. Ich habe mich inzwischen einigermassen an meine Situation gewöhnt und möchte sogar behaupten, an Er-



Das Lied beginnt ...

in der Grundausbildung waren, haben nachträglich verweigert. Einer hat manchmal Selbstmordgedanken. Nicht umsonst ist die Bevölkerungsgruppe der Bundeswehrangehörigen eine der mit den meisten Selbstmorden.

Einschränkungen

Der Bundeswehrsoldat: Bürger in Uniform? Auch im materiellen Bereich bedeutet der Wehrdienst für die meisten starke Einschränkungen. Wer sich zuvor als Facharbeiter oder Angestell-

eben die Kapitalisten nicht mehr leisten." Am Anfang, zwischendurch und am Schluß des politischen Teils (im 2. Teil spiele noch eine Rockband) trat die vor einigen Monaten gegründete Jusos-SPD-Kreiskonferenz-erprobten Olympia-Lied.

Juso-Wahlkampf in Stuttgart „Mit Power gegen Rechts“

... das war das Motto der zentralen Kommunalwahlkampfveranstaltung der Stuttgarter Jusos am 30. September. Uns war von vornherein klar, daß es schwer ist, Jugendliche für diese Kommunalwahlen zu interessieren.

Die Wahlbeteiligung von 42,6% bei 18-21 Jährigen und sogar nur 38% bei 21-25 Jährigen vor fünf Jahren sprechen eine deutliche Sprache. Daß die SPD im Gemeinderat in vielen Sachfragen eine Politik der großen Koalition mit der bürgerlichen Mehrheit betrieb, war ein weiteres Problem für uns. Wir hatten für möglich gehalten, daß die Kandidatur faschistischer Parteien Jugendliche politisieren würde, aber die machten einen so defensiven Wahlkampf, daß auch viele politisch Interessierte nicht wußten, ob die Faschisten überhaupt kandidieren würden. Deshalb waren wir bei der Mobilisierung fast ausschließlich auf unsere eigene Kraft angewiesen. Wir hatten 1500 Plakate und 15.000 Flugblätter für die Veranstaltung gedruckt (auf deren Wahlflugblättern war der Termin auch groß angekündigt), die wir vor allen großen Schulen verteilten.

Trotz Aufschwung Probleme

Im ersten Teil des Programms, den Kerstin Käfer moderierte, machten wir durch kurze Reden unserer drei Juso-Kandidatinnen und Kandidaten Gerda Ellert, Luise Jahnke und Kai Ruff und des mit den Jusos sympathisierenden (und umgekehrt) Gemein-

derats Gerhard Dürr, sowie durch Sketche deutlich, daß es in Stuttgart trotz Aufschwung massig Probleme gibt. (Auch in Stuttgart ist die Zahl der Sozialhilfempfänger auf Nachkriegshöchstand.) Zu drei Schwerpunktthemen unseres Wahlkampfes (Frauen, Wohnen und Umwelt/Verkehr) gab es je einen Sketch und eine Rede, wobei wir in den Sketchen versuchten, gleichzeitig witzig und politisch aussagekräftig zu sein. Im ersten Sketch z.B. konnten wir im Lokal „Zum braunen Wildschwein“ Rechtsradikale bei der Diskussion über die Rolle der Frau beobachten. Daß zwischen Gags wie „Ich bin stolz, eine Gebärmutter zu sein!“ auch wörtliche Zitate aus dem Programm der Reps versteckt waren, haben viele Zuhörer wohl gar nicht bemerkt - so sehr berühren sich hier Parodie und Wirklichkeit!

Wählen genügt nicht

Es wurde immer wieder deutlich, daß Wählen nicht genügt, weil wichtige Entscheidungen nicht im Gemeinderat fallen, sondern in den Chefetagen. Kai sagte dazu: „Weil sich Dammert jetzt noch MBB einverleiht, entgegen der Stadt in diesem Jahr 100 Millionen DM Gewerbesteuer - Geld, das wir durch höhere Gebühren und (...) Fahrpreise wieder zurückzahlen müssen. Uns reicht's! Wenn es sich die Kapitalisten nicht mehr leisten können, uns in einer gesunden Umwelt leben zu lassen, dann können wir uns

fahrung im Umgang mit anderen Menschen dazugewonnen zu haben, ebenso wie der Begriff „Freundschaft“ eine neue Dimension einnimmt, dadurch, daß man seine alten Freunde meist nur am Wochenende sieht und andererseits einige nicht mehr, die man für Freunde hielt. Andere Kameraden verkraften diese Trennung von Freundin und Freundin nicht, und ich kenne viele Leute bei uns in der Kaserne, die psychisch total am Boden sind. Drei, die mit mir

ter ein mehr oder weniger selbständiges Leben finanzieren konnte, muß jetzt sehen, wie er sein Auto, seine Wohnung usw. halten kann. Sogar diejenigen, die zuvor in der Ausbildung waren, hatten mehr Geld zur Verfügung. Immer mehr Leute lehnen es heute ab, sich 15 Monate ihres Lebens nur verwerten zu lassen und so viele Einschränkungen hinnehmen zu müssen für eine Tätigkeit, bei der immer weniger Sinn zu erkennen ist. Denn sogar

Bundeswehrverband brauchen wir eine reelle gewerkschaftliche Vertretung im Rahmen des DGB mit allen Rechten. Und um über Sinn und Unsinn der Bundeswehr sowie über Fragen des soldatischen Alltags diskutieren zu können, ist die volle politische Betätigungsfreiheit des einzelnen Soldaten notwendig. Ganz klar - nach unserer Auffassung brauchen wir die Bundeswehr nicht. Aber da genau wie ich noch viele ihre 15 Monate ableisten müssen,

Kassel Rock gegen Rechts

Am ersten Donnerstag im Oktober fand in Kassel die Veranstaltung Rock gegen Rechts statt. Organisator war die IG-Metall-Jugend. Schätzungsweise vierhundert Jugendliche kamen und beteiligten damit ihren Widerstand gegen Rechtsextremismus und Neonazismus. Sie kamen teilweise von über 60km her angetrieben. Dies zeigt, was für ein Potential der Kampf gegen Neonazis in sich birgt. Allerdings zeigte sich ein bisher nicht gekanntes Problem: Eine Reihe interessierter junger Leute konnte nicht kommen, da sie an diesem ersten „Dienstleistungsabend“ bis 20.30 Uhr arbeiten mußten! Die IG-Metall-Jugend hatte Informationsstände aufgebaut und auch anderen politischen Gruppen, unter anderem den Jusos, wurde die Möglichkeit gegeben, ihr Material dort auszuliegen. Zwischen den musikalischen Darbietungen gab es einige Gelegenheiten, mit den Jugendlichen zu diskutieren: Es drehte sich oft um die Fragen: „Sind alle Rep-Wähler Faschisten?“ oder „Wie bekämpfen wir die Neonazis am wirkungsvollsten“. Hierbei spielen die Gewerkschaften natürlich eine zentrale Rolle, nämlich die Jugend und die Arbeiterbewegung gegen die Reps zu mobilisieren.

Mobilisierung

Das Konzert hat hierzu einen Beitrag geleistet. Hieran muß nun weiter angeknüpft werden. Eines dürften wir

bei den Offizieren geben immer mehr zu, daß angesichts der fortschreitenden Entspinnung im Ost-West-Verhältnis das Festhalten an der Sollstärke der Bundeswehr und die damit verbundene geplante Verlängerung des Wehrdienstes ein Weg in die falsche Richtung ist. Und überhaupt - welches Land soll ich verteidigen? Ich verteidige, wenn unsere Regierung die Freiheit der Konzerne höher bewertet als die persönliche Freiheit des Einzelnen? Vielleicht die Freiheit, auf dem Arbeitsplatz auf Knien um einen Job betteln zu dürfen?

Gewerkschaft

Und wie sieht es mit der Freiheit in der Bundeswehr aus? Statt einer Pseudogewerkschaft wie dem Deutschen

brauchen wir mehr Geduld und demokratische Strukturen. Vorgesetzte dürfen nicht „gottgegeben“ sein, sondern müssen ihre Position durch Wahl bekommen haben. Eine heimatnahe Stationierung sollte konsequenter durchgeführt werden, und die Kasernen sowie der Zapfenstreich während der Grundausbildung gehören abgeschafft. Die Bundeswehr ist immer weniger die „starke Truppe“, wie die Werbung uns weismachen will, sondern ein Hauten junger Männer, die ihren Frust über die Gängelei mit Alkohol ertränken. Wie singt doch Udo Lindenberg noch? „Ich bin beim Bund, ich bin beim Bund, ich bin ja so ein armer Hund ...“ Ein aktiver Jungsozialist bei der Bundeswehr

ROCK GEGEN RECHTS

POLITIK SKETCHES MUSIK

Alles Feuerwehr HOT RUBBERS Sa. 30.9. 19.30 Uhr

haus Süd

Jungsozialistinnen in der SPD

Leo Trotzki, Leben und Werk

KOMPROMIßLOSER EINSAAT FÜR SOZIALISTISCHER DEMOKRATIE

Vor 110 Jahren, am 7.11.1879, wurde der russische Revolutionär und Marxist Leo Trotzki geboren. Als weitsichtiger, marxistischer Theoretiker, hervorragender Organisator und begabter Redner gehört Trotzki zu den hervorstechendsten Persönlichkeiten dieses Jahrhunderts. Gefängnis, Verbannung und Exil machten zwar den Großteil seines bewußten politischen Lebens aus, änderten aber nichts an seinem kompromißlosen Einsatz für sozialistische Demokratie und gegen Kapitalismus und Stalinismus. In dieser überarbeiteten Fassung seines erstmals vor 10 Jahren (VORAN Nr. 42) veröffentlichten Artikels, stellt Hans-Gerd Öfinger Leben und Werk Leo Trotzki dar.

Vor 50 Jahren sollte eine rigorose Ausrottung, der unzählige revolutionäre Arbeiter und schließlich auch Leo Trotzki zum Opfer fielen, die Herrschaft der stalinistischen Bürokratie für immer zementieren. Die Krise der stalinistischen Staaten Osteuropas und die angelautenen revolutionären Bewegungen zeigen jedoch, daß Trotzki's Ideen aktueller denn je sind.

Für unsere Generation, die sich auf gewaltige Krisen und Umwälzungen in aller Welt in den 90er Jahren vorbereiten muß, ist Trotzki's Leben nicht nur Vorbild und Ermutigung. Trotzki ragt in diesem Jahrhundert vor allem deshalb hervor, weil er das von Marx, Engels und Lenin geerbte theoretische Rüstzeug auf die Probleme des 20. Jahrhunderts anzuwenden verstand.

Erste politische Erfahrungen

Leo Davidowitsch Bronstein, der sich erst später Trotzki nennen sollte, wurde als Sohn eines Bauern mit mittelgroßem Besitz in der Süd-Ukraine geboren. Von 1888 an ging er in der Stadt Odessa zur Schule. Hier nahm er ersten Kontakt mit einer sozialistischen Untergrundgruppe auf, las erste marxistische Schriften und wurde schließlich Mitbegründer des „Südrussischen Arbeiterbundes“. Auf einem selbstgebastelten Apparat vervielfaltigten die jungen Revolutionäre eine Flugblattserie unter dem Titel „Nasche Delo“ (Unsere Stimme). In „Mein Leben“ beschreibt

Trotzki und damals schon ein entscheidender Kopf der russischen Sozialdemokratie, arbeitete am Konzept einer einheitlichen revolutionären Arbeiterpartei, die die Begrenztheit isolierter örtlicher Zirkel überwindet und sich politisch wie praktisch darauf vorbereitet, die zaristische Gewalt Herrschaft und den Kapitalismus zu stürzen.

Trotzki nahm im sibirischen Exil Kontakt mit einer Iskra-Gruppe auf und landete nach abenteuerlicher Flucht aus Sibirien schließlich 1902 in London. Lenin, der sich von den Qualitäten des jungen Trotzki überzeugen kann, schlägt vor, diesen in den Redaktionsstab der Iskra aufzunehmen. Obwohl dies durch Einspruch Plechanows, des „Vaters des russischen Marxismus“, verhindert wurde, entwickelt sich bis zum 2. Parteitag der russischen Sozialdemokratie 1903 eine intensive und fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Lenin und Trotzki.

Parteitag 1903

Auf dem Exil-Parteitag von 1903, an dem Trotzki als Delegierter teilnimmt, entwickelt sich eine erste Aufspaltung in zwei Flügel: die Bolschewiki um Lenin und die Menschewiki um Martow. Der Konflikt entbrennt in der eigentlich zweitrangigen Frage der Zusammensetzung der Iskra-Redaktion und entfernt Lenin und Trotzki voneinander. Trotzki schlägt sich auf die Seite der Menschewiki (von denen er sich aber



Nach der gescheiterten Revolution von 1905 werden die politischen Gefangenen nach Sibirien verbannt. Trotzki (1), Stalin (2), Lenin (3).

Trotzki, „wie heilungrig die Arbeiter die geheimnisvollen Blättern mit den lila Buchstaben lasen, einander weitergeben und heiß darüber diskutierten“ Anfang 1898 fliegt der Arbeiterbund auf, der junge Bronstein wird ins Gefängnis gesteckt und 1900 nach Ostibirien verbannt.

Es war das Schicksal vieler Revolutionäre der damaligen Zeit, daß sie im zaristischen Rußland im Gefängnis oder in der Verbannung leben bzw. ins Exil gehen mußten. Um die Jahrhundertwende war Lenin, einer der Mitbegründer der russischen Sozialdemokratie, bereits im Londoner Exil, wo er die Parteizeitung „Iskra“ (Der Funke) herausgab. Lenin, neun Jahre älter als

1904 wieder trennt) und kritisiert in seiner Verbitterung scharf das Vorgehen Lenins.

Lenin war jedoch alles andere als ein blindwütig fraktionierender Spalter. Er tritt als Chefredakteur der Iskra zurück und bietet den Posten den Menschewiki an. Später kommt es sogar zu einer vorübergehenden Wiedervereinigung der Partei. 1905 muß er sich mit Entschlossenheit gegen Vorwürfe wehren, er plane, „in der internationalen Sozialdemokratie eine besondere Richtung ins Leben zu rufen, die mit der Richtung Babels und Kautskys nicht identisch wäre“.

Im Januar 1905 löst der russisch-japanische Krieg in Rußland Massenunruhen, Streiks und eine Meuterei auf



Lenin und Trotzki 1920.

begannen, die Staatsmacht herauszufordern.

Trotzki ist als unabhängiger Journalist und glänzender Organisator unter den Arbeitern angesehen. Der Arbeiter hat insgesamt eine Lebensdauer von 50 Tagen. Er macht sich daran, einen Generalstreik vorzubereiten, Verteidigungskomitees zu bilden und die Arbeiterklasse in den großen Städten zusammenzufassen. Schließlich wird Trotzki zum Vorsitzenden gewählt. Während er eine Sitzung des Sowjets leitet, dringt die Polizei ein und verhaftet dessen Mitglieder.

„Seine (Trotzki's) Popularität im Petersburger Proletariat war in jener Zeit sehr groß und stieg noch mehr in Folge seines ungewöhnlich wirkungsvollen und heroischen Verhaltens vor Gericht. Ich muß sagen, daß die Jahre 1905-06 Trotzki, trotz seiner Jugend, unter allen sozialdemokratischen Führern als am besten vorbereiteter vorgefunden haben...“ schrieb später der bekannte Revolutionär Lunatscharski in seinem Buch „Silhouetten“.

Permanente Revolution

Das Jahr 1906 verbringt Trotzki wie viele Revolutionäre im Gefängnis. Hier verarbeitet er die Lehren aus den Ereignissen von 1905. In seinem Buch „Ergänze und Perspektiven“ entwickelte er Ideen, deren Umsetzung zwölf Jahre später für den Sieg der Oktoberrevolution entscheidend sind: die Theorie der „Permanente Revolution“. Trotzki ging davon aus, daß in der Epoche von kapitalistischem Weltmarkt und Imperialismus die herrschende Klasse der rückständigen Länder unfähig ist, dieselbe fortschrittliche Rolle bei der Entwicklung ihrer Länder zu spielen wie noch die Kapitalisten in der bürgerlichen Revolution in England oder Frankreich. Dafür ist sie zu schwach und korrupt, zu sehr mit dem Großgrundbesitzertum verflochten und vom multinationalen Kapital abhängig. Auf kapitalistischer Basis lassen sich die Probleme dieser Länder daher nicht lösen. So kommt der Arbeiterklasse die

Aufgabe zu, mit Unterstützung der Masse der armen Bauern die Macht zu übernehmen und die Aufgaben zu lösen, die „eigentlich“ die klassischen Aufgaben der Arbeiterklasse kann, einmal an der Macht, hierbei nicht stehen bleiben: Sie muß zu den Aufgaben der sozialistischen Revolution übergehen.

greifen als in den Ländern mit fortgeschrittenem Kapitalismus (...) Die russische Revolution erzeugt Bedingungen, unter denen die Macht (...) in die Hände des Proletariats übergehen kann, bevor die Politiker des bürgerlichen Liberalismus die Gelegenheit gehabt haben, ihre staatsmännische Weisheit zu zeigen (...).“

Insofern ist die Revolution „permanent“. Der Prozeß wird letztendlich erst dann abgeschlossen sein, wenn die Arbeiterklasse weltweit regiert und Hunger, Elend, Rückständigkeit ein für allemal beseitigt sind.

Ihren direkten und unmittelbaren (...) Aufgaben nach ist die russische Revolution eine „bürgerliche“, (...) aber die Haupttriebkraft dieser Revolution bildet das Proletariat – und daher ist sie ihrer Methode nach eine proletarische.“ erklärte Trotzki seine durch Klarheit und Weitsicht hervorstechende Perspektive, wie sie von Lenin selbst erst Anfang 1917 voll erkannt wird: „In einem wirtschaftlich rückständigen Land kann das Proletariat die Macht eher er-

Die heutige Krise der „3. Welt“ wie auch die bereits stattgefundenen Revolutionen in China, Kuba, Äthiopien und anderswo bestätigen – wenn auch verzerrt – die Grundzüge von Trotzki's Ideen. Andererseits führten viele revolutionäre Bewegungen in der „3. Welt“ in diesem Jahrhundert gerade auch deshalb zu schrecklichen Niederlagen, weil die führenden Kräfte der Arbeiterbewegung in diesen Ländern mit dem Hinweis auf die Rückständigkeit und „Unreife“ dieser Länder die Arbeiterklasse den Kapitalisten unterordneten und auf eine politisch eigenständige Rolle verzichteten, d.h. die „Permanente Revolution“ nicht verstanden.

Bis zum Revolutionsjahr 1917 gehen Lenin und Trotzki getrennte Wege. Die

Wie kam es zum Stalinismus?

Lenin und Trotzki hatten erkannt, daß die materiellen Voraussetzungen für den Sozialismus zwar auf Weltebene vorhanden waren, nicht aber in Rußland alleine. In den Kriegen konnte sich die offene Konterrevolution nicht durchsetzen und die alte, vorrevolutionären Eigentumsverhältnisse wiederherstellen. Auf der anderen Seite war die russische Arbeiterklasse Anfang der 20er Jahre nach jahrelangem Krieg und Hunger geschwächt und erschöpft, also keineswegs stark genug, um als neue herrschende Klasse auszuüben.

In dieses Machtvakuum konnte die Staatsbürokratie eindringen. Karrieristische Elemente, die 1917 gegen die Revolution gekämpft hatten, strömten in die Partei. Stalin wurde – zunächst unbewußt – zu ihren Sprachrohr.

Anfänglich waren die Privilegien der Bürokratie im Vergleich zur Masse der Bevölkerung noch relativ gering, da die am Bodenliegende Volkswirtschaft noch nicht mehr zuviel. Nach der Einführung der 5-Jahres-

Pläne legten jedoch die riesigen wirtschaftlichen Fortschritte gerade auch die Grundlagen für ein Anwachsen der Bürokratie, der Privilegien und damit auch der sozialen Gegensätze. In seinem 1936 erschienenen Buch „Die verrätene Revolution“ kommt Trotzki zu der Schlußfolgerung, daß von der Oktoberrevolution nur noch die wirtschaftlichen Errungenschaften (Staatsigentum an Produktionsmitteln, Planwirtschaft, staatliches Außenhandelsmonopol) übrig geblieben sind, während eine politische Konterrevolution alle Ansätze einer Arbeiterdemokratie vernichtet hat. Seine Konsequenz: Eine neue, politische Revolution der Arbeiterstrände, um die Bürokratie zu entmachten und die Räteredemokratie (wider-)herzustellen.

Folgendes Zitat aus der „Verrätene Revolution“ zeigt, daß Trotzki's Ideen auch unter Gorbatschows Herrschaft hochaktuell bleiben. Die vollständige Rehabilitierung Trotzki's ist und bleibt das Werk der sowjetischen Arbeiterklasse: „Mit der Einführung der neuen Ver-

Partokratie

Entwicklung des 1. Weltkrieges bringt politisch wieder einander näher. Beide kommen zur Schlussfolgerung, daß die Unterstützung der jeweiligen nationalen Kriegspartei durch die sozialdemokratischen Parteien einem Zusammenbruch der Sozialistischen Internationale entspricht. Beide erkennen die Notwendigkeit, alle Konsequenzen revolutionären Internationalisten zusammenzufassen. Beide nehmen an einer internationalen sozialistischen Konferenz im September 1915 im Schweizer Bergdorf Zimmerwald teil.

Februarrevolution

Anfang 1917 erzwingt die spontane Bewegung der russischen Arbeiter in der „Februarrevolution“ die Abdankung des Zaren. Die Arbeiterklasse hat zwar die Macht faktisch in den Händen. Aber die Führer der Arbeiterparteien einschließlich der bolschewistischen Innensführung um Stalin und Kamenev fordern über die Arbeiterräte die Bildung einer provisorischen Regierung „liberalen“ Bürgertums, der sie ihre Unterstützung zugesagen. Andererseits jedoch verbleibt die entscheidende Kontrolle über die Betriebe, Arbeiterverteil und eine wachsende Zahl von Arme- und Mannschaften in den Händen der Arbeiterräte.

Doch die neue provisorische Regierung erweist sich sehr schnell als völlig unabhängig, auch nur ein grundlegendes Problem anzupacken: Friede, Aufhebung des Landes an die Bauern, Beendigung der Lebensmittelknappheit usw.

Lenin und Trotzki erfahren in ihrem jeweiligen Exil vom Ausbruch der Revolution und bereiten die - wegen des Krieges in beiden Fällen höchst komplizierte - Rückreise nach Rußland vor. Beide kommen, völlig unabhängig voneinander, zur Schlussfolgerung, daß die Februarrevolution zwangsläufig und unmittelbar die Aufgabe stellt, die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse vorzubereiten. Um die Lenin Partei darauf zu orientieren, muß Lenin direkt nach seiner Ankunft einen harten innerparteilichen Kampf gegen die in der Partei vorherrschende Linie führen, die eine „kritische Unterstützung“ der Provisorischen Regierung und Unterstützung des Krieges unter dem Stichwort „Vaterlandsverteidigung“ beinhaltet hatte.

Lenin stützt sich in seinem Widerstand gegen Konservatismus und Trägheit in der eigenen Partei vor allem auf jüngere Arbeiter, die aus der Revolution Konsequenzen gezogen haben, die

assung zeigt die Bürokratie, daß sie Gefahr bemerkt und Vorbeugungsmaßnahmen trifft. Doch es wäre nicht die erste Mal, daß eine bürokratische Partei, die in „liberalen“ Reformen eingegriffen hat, sich nur selbst in die Falle der Duldung, daß die neue Verwaltung den Bonapartismus bloßlegt, schmeißt sie gleichzeitig eine halblegitime Lösung für den Kampf gegen ihn. Das Ministerium der bürokratischen Chibien bei den Wahlen kann der Ausgangspunkt eines breiteren politischen Kampfes werden. (...) Alles deutet darauf hin, daß es im weiteren Verlauf der Entwicklung unweinehmlich zum Zusammenstoß der durch die Entwicklung der Kultur gestärkten Kräfte des Volkes mit der bürokratischen Oligarchie kommen muß. Einen friedlichen Ausgang muß die Krise geben, kein Zweifel hat jemals freiwillig seine Kräfte in beschritten. Die Sowjetbürokratie hat ihre Positionen nicht kämpflos ergeben. Die Entwicklung führt hinunter auf den Weg der Revolution. Bei ernstlichem Druck der Volksmassen in unter diesen Umständen unvermeidlicher Zersetzung des Regimesparasiten kann der Widerstand der erscheinenden als viel schwächer erweisen als es heute erscheinen möchte.

mit den Denkschablonen und alten Leerformeln „algedienter“ Parteilagen nicht mehr zu verknüpfen sind. Leo Trotzki kommt im Mai 1917 in Petrograd an. Es zeigt sich sofort, daß einer erneuten engen Zusammenarbeit zwischen Lenin und Trotzki nichts im Wege steht. Die Streitigkeiten in den Exiljahren spielen keine Rolle mehr. Im Sommer 1917 kommt es zur Verschmelzung von Trotzki's Organisation mit den Bolschewiki. Trotzki wird in das Zentralkomitee der Partei gewählt.

Oktoberrevolution

Die Bolschewiki können sich durchsetzen, weil ihre klar formulierten Forderungen die Bedürfnisse der Arbeiter, armen Bauern und Soldaten aufgreifen und sich die von ihnen scharf kritisierte Regierung Kerenski als völlig unfähig erweist, auch nur ein brennendes Problem überhaupt anzupacken. „Brot-Frieden-Land“ lautet die Forderung

sofort den härtesten Bewährungsproben ausgesetzt. Im Bürgerkrieg versuchen die besiegten Kapitalisten und Großgrundbesitzer, die Sowjetmacht zu zerschlagen. Dann dringen aus allen Himmelsrichtungen 21 imperialistische Armeen auf das Gebiet der jungen Sowjetrepublik vor, um die Revolution zu stoppen.

Trotzki übernimmt zunächst die Funktion des Außenministers (Volkskommissar des Auswärtigen) in der neuen, von Lenin geleiteten Regierung und konzentriert sich wenig später auf den Aufbau der „Roten Armee“ zur Verteidigung gegen die innere und äußere Konterrevolution („Kriegskommissar“). Fast „aus dem Nichts“ stampft er eine Armee aus dem Boden, die trotz schlechtester Ausgangslage schließlich siegt und die Kapitalisten in aller Welt das Furchten lehrt.

Trotzki verbringt bis 1920 den Großteil seiner Zeit in einem gepanzerten Sonderzug, der ihn von Frontabschnitt zu Frontabschnitt bringt. Von hieraus leitet er die Einsätze der Armee. Obwohl die Rote Armee technisch den feindlichen Truppen weit unterlegen ist, kann sie wegen der Überzeugung und Motivation der in ihr kämpfenden Arbeiter und Bauern wie auch durch die Sympathie und Solidarität der Arbeiter in aller Welt siegen. Trotzki's unermüdelicher Einsatz spielte hierbei eine zentrale Rolle.

Lenin und Trotzki riefen auch in dieser Zeit - neben der Verteidigung der revolutionären Errungenschaften - ihr Hauptaugenmerk darauf, die internationale Revolution voranzutreiben.

1919 wird in Moskau die Kommunistische Internationale gegründet. Sie umfaßt vor allem neu entstandene kommunistische Parteien in aller Welt, von denen einige in wenigen Jahren zu Massenparteien angewachsen. Die Internationale soll diese Parteien politisch und praktisch darauf vorbereiten, in ihren Ländern die Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen und die Macht zu übernehmen. Denn Lenin und Trotzki be-



Trotzki im mexikanischen Exil.

der Bolschewiki. Sie erkennen, daß die Stunde für die Eroberung der Staatsmacht gekommen ist. Trotzki leitet als Vorsitzender des militärischen Revolutionskomitees den Aufstand in Petrograd. Es ist der 7. November 1917, zu fälligerweise sein 38. Geburtstag.

Stalin, der später den Befehl zur Ermordung Trotzki's geben sollte, kommt am ersten Jahrestag des Aufstands zum folgenden Feststellung: „Die gesamte Arbeit der praktischen Vorbereitung des Aufstandes verlief unter der direkten Leitung des Petrograder Vorsitzenden des Sowjet, Trotzki. Man kann mit Bestimmtheit behaupten, daß die Partei den schnellen Übergang der Garnison auf die Seite der Sowjets und die richtige Organisation der Arbeit des Revolutionären Kriegskomitees vor allem und hauptsächlich dem Genossen Trotzki verdankte.“

Der Aufstand greift auf andere Industriegebiete des Landes über. Arbeiter in aller Welt blicken nach Rußland und hoffen, daß die Revolution im eigenen Land nicht mehr lange auf sich warten läßt. Doch die junge Sowjetrepublik wird

zertrütert, Hungersnöte kosten unzählige Menschenleben. Jetzt kommen die wirtschaftliche und kulturelle Rückständigkeit des Landes und die Erschöpfung der Arbeiterklasse bzw. ihre Verluste durch Krieg und Bürgerkrieg voll zum Tragen. Es entsteht ein Nährboden für den Aufstieg und die schließlich Verselbständigung der Staatsbürokratie.

Lenin, der durch schwere Krankheit zunehmend arbeitsunfähig wird und schließlich Anfang 1924 stirbt, nennt die Dinge beim Namen: Nicht die Kommunisten lenken den Staatsapparat, sondern die Staatsbürokratie bemächtigt sich immer mehr der Kommunistischen Partei.

Trotzki vertritt die Meinung, daß die Bürokratie ein Spracherrohr und Symbol für die Partei sei. Er behauptet, daß die Bürokratie ein Spracherrohr und Symbol für die Partei sei. Er behauptet, daß die Bürokratie ein Spracherrohr und Symbol für die Partei sei.

Internationale

Innerhalb der Kommunistischen Partei schafft sich die aufsteigende Bürokratie ein Spracherrohr und Symbol für die Partei. Er behauptet, daß die Bürokratie ein Spracherrohr und Symbol für die Partei sei.



Trotzki spricht zur Roten Garde. Das politische Programm brachte den Sieg im Bürgerkrieg. Trotzki stellt er fest. Er bietet Trotzki die Bildung eines innerparteilichen Blocks gegen den Einfluß der Bürokratie an.

Innerhalb der Kommunistischen Partei schafft sich die aufsteigende Bürokratie ein Spracherrohr und Symbol für die Partei. Er behauptet, daß die Bürokratie ein Spracherrohr und Symbol für die Partei sei.

Als Alt-Bolschewist war Stalin nie durch selbständiges politisches Denken oder besonders Rechenernaunt aufgefälligen. Von jeher war er ein „Mann des Apparates“ gewesen, der als „graue Eminenz“ im Hintergrund agierte. Für die Bürokratie war diese „Mittelmäßigkeit in Person“ ein idealer Vertreter.

Kurz nach Lenins Tod wagt es Stalin offen, das Ziel einer internationalen sozialistischen Revolution aufzugeben und die These vom „Sozialismus in einem Land“ aufzubringen. Die Innen- und Außenpolitik des Sowjetstaates wird immer mehr den Interessen der Bürokratie - Ruhe, Stabilität und Privilegien - untergeordnet. Zehntausende alter Bolschewiki und revolutionärer Arbeiter, allen voran die Anhänger der „Linken Opposition“, werden schrittweise von ihren Positionen entfernt, später aus der Partei verstoßen, in die Verbannung geschickt und schließlich hingerichtet. Bei Trotzki, der immer noch eine hohe Popularität im Volke genießt, zieht sich dieser Prozeß etwas in die Länge. Schließlich wird er 1929 in die Türkei ausgewiesen. In den 30er Jahren ist keine - auch sozialdemokratische - Regierung in Europa bereit, Trotzki dauerhaftes Asyl zu gewähren.

Nach vorübergehenden Aufenthalten in Frankreich und Norwegen verbringt er ab 1937 die letzten Jahre in Mexiko. Trotz schwerster Bedingungen, Krankheit und Not verfaßt er gerade in jenen Jahren zahlreiche wichtige Bücher und Schriften, so über Deutschland, Frankreich und Spanien, die „Verratene Revolution“. Schriften über den bevorstehenden Weltkrieg sowie eine Stalin-Biographie.

Gerade in diesem Jahrzehnt erweist er sich als weitsichtiger und begabter Beobachter der Weltpolitik. In Deutschland sieht er die aufkommende

tisch - Regierung in Europa bereit, Trotzki dauerhaftes Asyl zu gewähren. Nach vorübergehenden Aufenthalten in Frankreich und Norwegen verbringt er ab 1937 die letzten Jahre in Mexiko. Trotz schwerster Bedingungen, Krankheit und Not verfaßt er gerade in jenen Jahren zahlreiche wichtige Bücher und Schriften, so über Deutschland, Frankreich und Spanien, die „Verratene Revolution“. Schriften über den bevorstehenden Weltkrieg sowie eine Stalin-Biographie.

Gerade in diesem Jahrzehnt erweist er sich als weitsichtiger und begabter Beobachter der Weltpolitik. In Deutschland sieht er die aufkommende

tisch - Regierung in Europa bereit, Trotzki dauerhaftes Asyl zu gewähren. Nach vorübergehenden Aufenthalten in Frankreich und Norwegen verbringt er ab 1937 die letzten Jahre in Mexiko. Trotz schwerster Bedingungen, Krankheit und Not verfaßt er gerade in jenen Jahren zahlreiche wichtige Bücher und Schriften, so über Deutschland, Frankreich und Spanien, die „Verratene Revolution“. Schriften über den bevorstehenden Weltkrieg sowie eine Stalin-Biographie.

Bürokratie

Als Alt-Bolschewist war Stalin nie durch selbständiges politisches Denken oder besonders Rechenernaunt aufgefälligen. Von jeher war er ein „Mann des Apparates“ gewesen, der als „graue Eminenz“ im Hintergrund agierte. Für die Bürokratie war diese „Mittelmäßigkeit in Person“ ein idealer Vertreter.

Kurz nach Lenins Tod wagt es Stalin offen, das Ziel einer internationalen sozialistischen Revolution aufzugeben und die These vom „Sozialismus in einem Land“ aufzubringen. Die Innen- und Außenpolitik des Sowjetstaates wird immer mehr den Interessen der Bürokratie - Ruhe, Stabilität und Privilegien - untergeordnet. Zehntausende alter Bolschewiki und revolutionärer Arbeiter, allen voran die Anhänger der „Linken Opposition“, werden schrittweise von ihren Positionen entfernt, später aus der Partei verstoßen, in die Verbannung geschickt und schließlich hingerichtet. Bei Trotzki, der immer noch eine hohe Popularität im Volke genießt, zieht sich dieser Prozeß etwas in die Länge. Schließlich wird er 1929 in die Türkei ausgewiesen. In den 30er Jahren ist keine - auch sozialdemokratische - Regierung in Europa bereit, Trotzki dauerhaftes Asyl zu gewähren.

Nach vorübergehenden Aufenthalten in Frankreich und Norwegen verbringt er ab 1937 die letzten Jahre in Mexiko. Trotz schwerster Bedingungen, Krankheit und Not verfaßt er gerade in jenen Jahren zahlreiche wichtige Bücher und Schriften, so über Deutschland, Frankreich und Spanien, die „Verratene Revolution“. Schriften über den bevorstehenden Weltkrieg sowie eine Stalin-Biographie.

Gerade in diesem Jahrzehnt erweist er sich als weitsichtiger und begabter Beobachter der Weltpolitik. In Deutschland sieht er die aufkommende

tisch - Regierung in Europa bereit, Trotzki dauerhaftes Asyl zu gewähren. Nach vorübergehenden Aufenthalten in Frankreich und Norwegen verbringt er ab 1937 die letzten Jahre in Mexiko. Trotz schwerster Bedingungen, Krankheit und Not verfaßt er gerade in jenen Jahren zahlreiche wichtige Bücher und Schriften, so über Deutschland, Frankreich und Spanien, die „Verratene Revolution“. Schriften über den bevorstehenden Weltkrieg sowie eine Stalin-Biographie.

Buchtips

Werke von Leo Trotzki

Die Verratene Revolution; Die Permanente Revolution; Stalins Verbrechen; Von der Oktoberrevolution bis zum Brester Friedensvertrag; Schriften, I. Band (1929-40); Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur; Die III. Internationale nach Lenin; Geschichte der Russischen Revolution, 3 Bände; Der junge Lenin; Mein Leben, Versuch einer Autobiographie; Oktoberrevolution 1917.

Bestellungen über die Redaktion.

Nigerias Arbeiterklasse im Kampf gegen die Diktatur

Auf einer Veranstaltung im Mai diesen Jahres haben ca. 10.000 nigerianische Arbeiter zum ersten Mal in der Geschichte Schwarzafrikas eine Massenpartei gegründet (NLP). Dies ist Ausdruck einer zunehmenden Radikalisierung innerhalb der Arbeiterklasse und hat für ganz Schwarzafrika große Bedeutung, denn Nigeria ist das bevölkerungsreichste Land (ca. 100 Mio.) mit dem größten Proletariat und der umfangreichsten Industrialisierung nach Südafrika.

In den 70er Jahren schien Nigeria den Beweis zu liefern, daß es auch ein afrikanisches Land geringen Einkommens, sich auf kapitalistischer Basis in eine blühende, industrialisierte „Wohlstandsnation“ nach westlichem Vorbild zu entwickeln. Hochhäuser, Luxushotels und Prunkbauten schossen aus dem Boden. Die Grundlage für diesen Reichtum bildeten die Ölvorkommen des Landes.

Aber seit Anfang der 80er Jahre war der Traum abrupt zu Ende: Das Land erlebte seitdem einen wirtschaftlichen

Nachkriegsaufschwungs zu sehen, der den westlichen Kapitalisten die nötigen finanziellen Mittel verschaffte, um in einigen Ländern Industrien aufzubauen, sich neue Rohstoffquellen zu erschließen und zu versuchen, neue Absatzmärkte zu schaffen. Dadurch wurden praktisch alle Länder in den Weltmarkt integriert und sind somit von ihm abhängig.

Wirtschaftliche Talfahrt

Die nigerianische Industrie wird von multinationalen Konzernen beherrscht. 40% der Ölindustrie, 57% der nicht-Ölproduzierenden Industrie, 57% der landwirtschaftlichen Großbetriebe und 72% des Handels befinden sich in den Händen ausländischer, vorwiegend multinationaler Konzerne. Dabei spielen deutsche Firmen eine große Rolle, wie z.B. VW, Daimler Benz, Hoechst und die Baufirma Bilfinger & Berger, um nur die Größten zu nennen. Die BRD ist der zweitgrößte

strationen bleiben. Wer von denen hatte Interesse, einen weiteren Konkurrenten auf dem Weltmarkt zu ziehen?

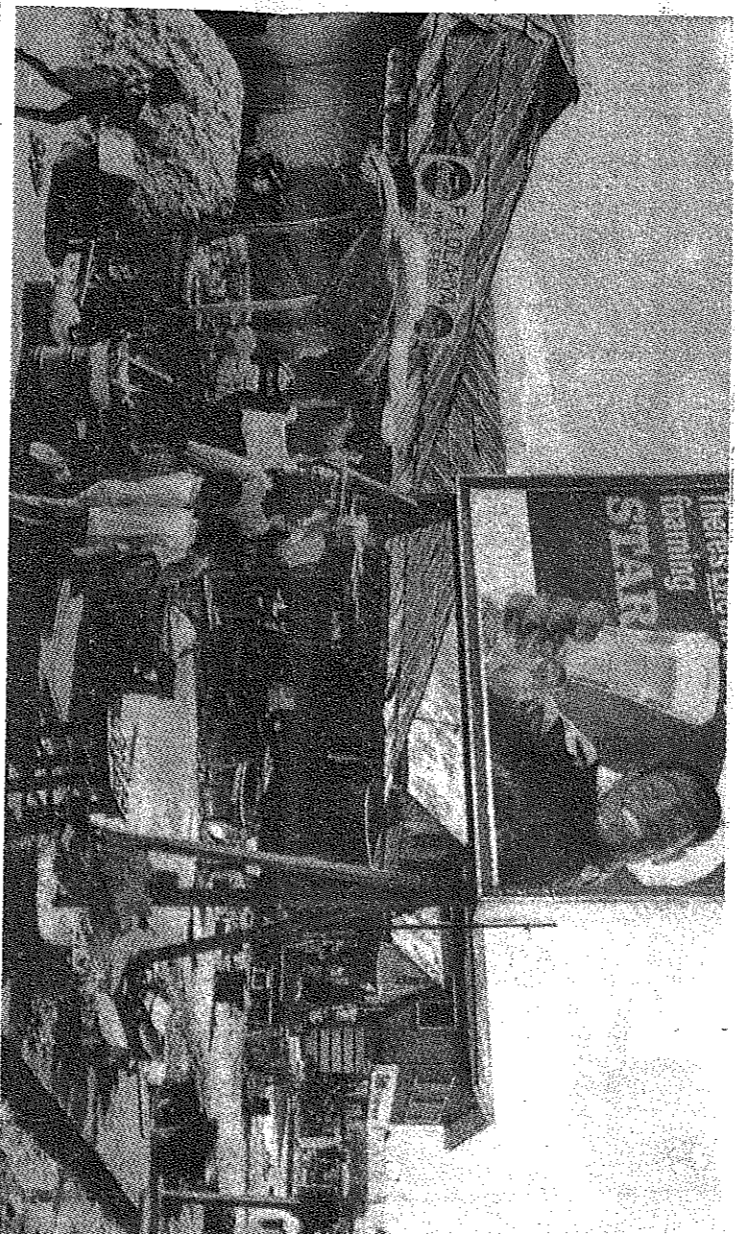
Folgen des sogenannten „Struktur-Anpassungsprogramms“, das nichts weiter ist als ein Kürzungsprogramm auf Kosten der großen Masse, sind weiteres Absinken des Lebensstandards, zunehmende Not und höherer Arbeitsdruck. So auch in Nigeria, wo es über vier Millionen Arbeitslose gibt, 50.000 Kinder oder Mütter bei der Geburt jährlich sterben, die Studenten Seiten aus Bibliotheksbüchern reißen, weil sie sich weder Bücher noch Kopien leisten können. Auch die Ernährung ist miserabel. Es entwickelte sich eine große Studenten- und Schülerbewegung, die sich rasch über das ganze Land ausbreitete und sogar Grundschulen mit sich riß, letztes Jahr löste ein Korruptionsskandal der Regierung eine große Protestwelle der Arbeiter aus. Ein 24-stündiger landesweiter Generalstreik wäre möglich gewesen. Die Gewerkschaftsführung des Dachverbandes NLC (National Labour Congress) verhielt sich jedoch passiv, so daß nur ein paar Einzelgewerkschaften die Proteste unterstützten. So konnte die Wut der Menschen keine organisierten Ausweg finden. Die Demonstration endete mit Plünderungen und Brandstiftung und den Rufen vieler Demonstranten, einschließl. unbewaffneter Soldaten und Polizisten. Babangida muß gehen! Babangida setze daraufhin Armeepanzer und Hubschrauber gegen die Demonstranten ein. Hunderte wurden erschossen, Tausende verletzt.



Nigerias Diktator Babangida.

Mit wachsendem Unmut in der Bevölkerung besteht die Möglichkeit des Putsches aus den Reihen radikaler Unteroffiziere gegen Babangida selbst. Um dies zu verhindern und unter dem Druck der Arbeiterbewegung versucht Babangida nun eine „zivile Regierung“ zu formen. 1992 sollen sogar Präsidentschaftswahlen sein, aber ohne Arbeiterpartei. Die eigentliche Macht hat aber weiterhin das Militär. Es bestimmt, welche Parteien an den Wahlen teilnehmen dürfen. Zudem muß für die Zulassung eine hohe Geldsumme gezahlt werden, mindestens 50.000 Mitglieder registriert sein und dem Militär von jedem ein Paßfoto übergeben werden.

Mit dieser „Scheindemokratie“ wird sich die Arbeiterklasse nicht abspesen lassen. Sie hat mit der Gründung der Arbeiterpartei einen großen historischen Schritt getan auf dem Weg, die Herrschaft der Militärs, der multinationalen Konzerne und der Großgrundbesitzer zu brechen. Der Aufbau einer Arbeiterdemokratie auf der Basis einer Planwirtschaft würde 100 Mio. Nigerianer von Armut und Unterdrückung befreien und eine Perspektive für ganz Afrika darstellen. Frank Klobes, Kassel Jungsozialist



Nigeria steckt im wirtschaftlichen Chaos.

Niedergang, der die Lebensbedingungen für Arbeiter, Studenten und Arbeitslose enorm verschlechtert hat. Das ist die Folge der Abhängigkeit Nigerias von den hochentwickelten kapitalistischen Staaten, die keine Grenzen der Ausbeutung kennen. Die Weltwirtschaftskrise 1980/81 und die darauf folgende verstärkte Ausbeutung der „3. Welt“ haben große Teile der Arbeiterklasse und auch Studenten in Arbeitslosigkeit, Armut und Krankheit gestürzt. Die neue Arbeiterpartei hat sich zur Aufgabe gemacht, dies zu bekämpfen und die Gesellschaft grundlegend zu verändern.

langt. Der Imperialismus hat nur die direkte Kontrolle durch eine indirekte, d.h. wirtschaftliche Abhängigkeit ersetzt. (mit dem Ziel, diese Länder weiter auszubeuten. Es werden weiterhin Rohstoffe zu Dumpingpreisen aufgekauft, die Produktion zu Billiglohnen erweitert und neuerdings wird sogar der Giftmüll in diese Länder geschifft.)

Seit 1950 stieg der Anteil der nigerianischen Arbeiterklasse von ca. 10% auf 25% an. Das sind nahe 25 Mio. Menschen, die heute in den Städten leben. Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund des langanhaltenden

te Handelspartner Nigerias.

Nigeria deckt 90% seiner Deviseneinnahmen durch den Erdölexport. Nach dem massiven Ölpreisanstieg zu Beginn der 80er Jahre fielen die Einnahmen aus Ölexporterlösen von 26 Mrd. Dollar (1980) auf 6,2 Mrd. (1988). Dies hatte Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft des Landes. Ein Großteil der Exporterlöse muß für die Zinsen der 30 Mrd. Dollar Auslandsschulden aufgewendet werden. Insgesamt saugt der Schuldendienst 40% der gesamten Exporteinnahmen ab. Allein im Zeitraum 1980-88 stiegen die Schulden Nigerias um 130%! In seiner Konsequenz führte das zum Rückgang des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von 15% im gleichen Zeitraum, zum massiven Absinken des Lebensstandards der Bevölkerung und zu sozialen Explosionen.

Militärputsch

Zu Neujahr 1984 putschte sich das Militär an die Macht, verbot vorübergehend alle Parteien und erließ Antiterrorgesetze. 1985 übernahm General Babangida die Militärregierung, die er bis heute anführt. Seine Politik balanciert zwischen Zugewandtschaften und Repressionen. Die wirtschaftlichen Probleme will Babangida mit einem „Struktur-Anpassungsprogramm“ lösen. Es sollte die Abhängigkeit vom Öl durch die Entwicklung anderer Industriezweige verringern und die Auslandsschulden abbauen.

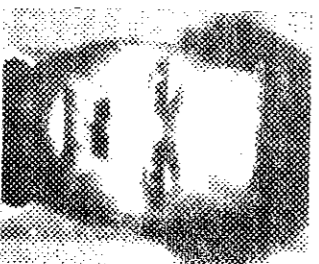
Dieses Programm war schon von Anfang an zum Scheitern verurteilt. So wie Nigeria geht es vielen sogenannten Schwellenländern, z.B. Argentinien, Brasilien, Mexiko. Unter dem Diktat des Internationalen Währungsfonds und auf der Basis einer kapitalistisch organisierten Wirtschaft, werden die Länder weiter billige Ausbeutungsobjekte der großen Indu-

Femi ist frei!

Femi Aborisade, Redakteur der nigerianischen marxistischen Zeitung Labour Militant, ist am 30. September aus dem Gefängnis entlassen worden, wo er fast acht Monate als politischer Gefangener festgehalten worden war. Damit hat die internationale Solidaritätskampagne für die Freilassung Femis und aller anderen politischen Gefangenen in Nigeria einen ersten Sieg errungen. In unserer letzten Ausgabe hatten wir alle Leser und Verkäufer unserer Zeitung dazu aufgerufen, in Briefen an die nigerianische Botschaft die sofortige Freilassung Femis zu fordern. Zahlreiche Juso-Untergliederungen sowie der DGB-Kreisjugendausschuß, Hamburg hatten sofort reagiert und damit ihren Teil zu diesem Erfolg beigetragen.

Zur Freilassung Femis hat sicherlich auch beigetragen, daß Amnesty International umgehend den Fall aufgriff und Femi als politischen Gefangenen unterstützte.

Allerdings geht die Kampagne für



die Durchsetzung demokratischer Rechte in Nigeria weiter. Das Militärtage des Generals Babangida weigert sich weiterhin, die aus den Gewerkschaften hervorgegangene Arbeiterpartei zu den Wahlen zuzulassen.

Für die Durchsetzung wirklich freier Wahlen und die Freilassung aller politischen Gefangenen wird ein noch viel stärkerer Druck nötig sein.

Frank Kirsch, Köln Jungsozialist

Internationale Notizen



USA

57.000 streikende Mitglieder der Maschinenbau-Gewerkschaft legen die Produktion bei Boeing still. Sie erklärten das Angebot über drei Jahre abzuschließen, für unzumutbar. Die Lohnhöhungen sollten im ersten Jahr 4% in den beiden folgenden 3% betragen. Sie lägen damit weit unter der schon jetzt bestehenden Inflationsrate (5,10,89)

Frankreich

In fast allen Finanzämtern des Landes wird gestreikt. Die Angestellten fordern Gehaltserhöhungen von umgerechnet 220 DM monatlich, bessere Aufstiegschancen und Arbeitsbedingungen. (Manche Kollegen sind z.B. gezwungen, ihre Schreibmaschinen von zuhause mitzubringen, weil im Büro keine vorhanden ist). (12,10,89)

Seit sieben Wochen streiken die Arbeiter in den zwei größten Peugeot-Fabriken. Es handelt sich um den härtesten Lohnkampf in der Geschichte des Unternehmens. Das Angebot der Firmenleitung, den Arbeitern der untersten Lohngruppen 9% mehr zuzugestehen, den oberen jedoch deutlich weniger, wurde von den Arbeitern mit einer Ausweitung des Streiks beantwortet. (18,10.)

Sowjetunion

Ein Streik von 90.000 Arbeitern der Auto-Fabrik VAZ in Togliatti konnte in letzter Minute durch Zugeständnisse des Managements vorläufig abgewendet werden. Die Arbeiter der „Vorzeige“-Fabrik forderten die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, ferner sofortige Aktionen, die Umwelt in Togliatti zu säubern, weiterhin Lohnhöhungen bis zu 40% sowie eine Verlängerung des bezahlten Urlaubs. (6,10,89)

Afghanistan Mudjahedin sind gescheitert

Vor einem 3/4 Jahr, am 15. Februar, verließen die letzten Soldaten der Roten Armee Afghanistan. ZDF, ARD, BILD, Morgenpost oder Express - sie stritten lediglich um den genauen Zeitpunkt, wann das Regime fallen würde. Reporter gaben auf dem Flughafen Kabul Berichte, nach denen die Einnahme der Hauptstadt jede Stunde erfolgen könnte.

Für die Kapitalisten und ihre Regierungen des „freien Westens“ wäre der Fall des Kabuler Regimes zu einem Triumph über den „Sozialismus“ geworden. Nach einigen Wochen war klar, daß ihre Propaganda von der Realität weit entfernt war.

Zunächst schien die Lage für das Regime tatsächlich brenzlig. Die Mudjahedin überwandern zeitweilig ihre Streitigkeiten und versuchen, die Stadt Djalalabad als Sitz ihrer „Ge-generregierung“ zu erobern. Doch Spe-



Die Regierungssoldaten haben sich vorerst durchgesetzt.

zialistenheiten der Regierung fügten den Mudjahedin eine empfindliche Niederlage zu.

Seitdem gab es außer kleineren Kämpfen und regelmäßigen Raketenangriffen auf Kabul keinen ernstesten Versuch der Mudjahedin, die Regierung zu stützen. Um diese Entwicklung in Afghanistan zu verstehen, muß die soziale Grundlage der militärischen Erfolge des Regimes geklärt werden.

Fortschritt

Mit dem Umsturz 1978 kamen Vertreter der moskautreuen KP an die Macht. Diese Regierung machte den Versuch, Afghanistan aus dem Mittel-

kapitalistischen Eigentums bedeuteten tatsächlich einen enormen Fortschritt.

Jedoch wurden alle Maßnahmen von oben diktiert, ohne jede demokratische Kontrolle. Auf die teilweise extreme Rückständigkeit und den noch starken Einfluß des Islam wurde so keinerlei Rücksicht genommen. Ent-eignete Großgrundbesitzer, islamische Mullas und ehemalige Stammesführer konnten dadurch eine Widerstandsbewegung bilden, die sich sogar auf Teile der Landesbevölkerung stützte. Sie bedrohte die Regierung so sehr, daß das Regime nur durch den Einmarsch der Roten Armee gehalten werden konnte.

Über die Rolle der Sowjetunion schrieben wir damals, Februar 1980: „Isoliert betrachtet - die internationalen Lage und die Reaktion in der weltweiten Arbeiterbewegung außer Betracht gelassen - müßten wir bei der schärfsten Kritik an den Methoden die Rolle der Sowjetunion als in gewisser Hinsicht fortschrittlich bezeichnen: Sie wird auf jeden Fall verhindern, daß es den „Rebellen“ und der afghanischen Armee gelingt, die alte Feudalordnung wieder herzustellen. (...) Die Truppen werden dafür sorgen, daß die neue Regierung Zeit hat, um die Reformen und dadurch die innenpolitische Lage zu festigen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß sie dann nach einiger Zeit wieder abgezogen werden, da ihre langfristige Stationierung wiederum eine Herausforderung - vor allem der nationalen Minderheiten - darstellen würde.“

Obwohl das Regime bei Abzug der Sowjettruppen noch nicht gefestigt schien, war der Bürokratie doch klar, daß allein die Anwesenheit der Roten Armee als gehaltvoller Besatzernacht immer einen Nährboden für die Mudjahedin bieten würde. Der Abzug könnte ihnen eine wichtige Stütze nehmen.

Zugeständnisse

Gleichzeitig macht die Regierung unter Najibullah Zugeständnisse: Der Islam wurde wieder als Staatsreligion eingeführt, Grenzsträßen wird autonome Selbstverwaltung eingeräumt oder sie werden einfach „bestanden“, technische Hilfe in der Landwirtschaft im Austausch gegen einen dauerhaften Waffenstillstand. Gerade in der Umgebung von Städten konnten so Widerstandsgruppen zur Kooperation veranlaßt werden.

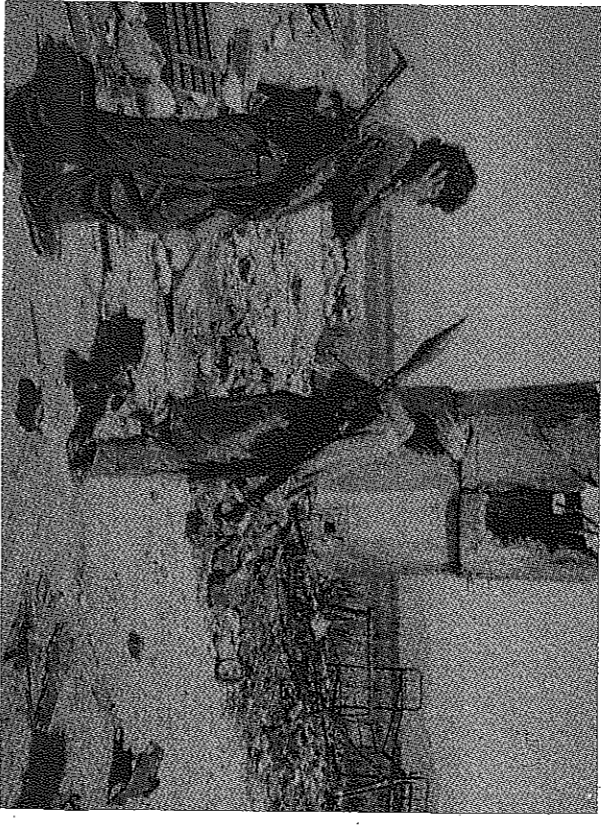
Gleichzeitig eröffnete die Regierung auf der Grundlage „nationaler Aus-söhnung“ eine Kampagne des extremen afghanischen Nationalismus gegen Pakistan und die USA als Verbündete der Mudjahedin. Najibulla bezeichnet sich inzwischen als „Vertreter des nationalen afghanischen und islamischen Afghanistans“.

Die Grundlagen des Regimes bleiben natürlich erhalten: eine verstaatlichte Wirtschaft mit einer privilegierten Bürokratie nach dem Vorbild der UdSSR. Die feudalen Elemente wurden zurückgedrängt. Durch die Planwirtschaft wurde in den wachsenden Städten inzwischen eine kleine Industrie aufgebaut. So wurde durch die

greifbaren Fortschritte in Wirtschaft, Bildung und Kultur innerhalb der Regime erzeugt und die Kampfmoral der Truppen aufrecht gehalten.

Räuberbanden

Diese Wirkung wird durch den Charakter der Mudjahedin enorm verstärkt. Denn ganz im Gegensatz zu dem Image der „Freiheitskämpfer“ (Reagan) ist ihre wirkliche Natur mitteleuropäischen Räuberbanden ähnlicher. Sollten sie Kabul erobern, so wäre das Ergebnis mit Sicherheit keine parlamentarische Demokratie, wie sie die USA, die CDU- oder andere bürgerliche Regierungen der zivilisierten Welt über ihre Verbündeten einreden wollen. Diese Banditen betreiben Drogen-, Waffen- und Frauenhandel. Ihre Machtkämpfe untereinander führen schon jetzt zu blutigen Massakern. Dazu laut Süddeutscher Zeitung einer ihrer militärischen Führer: „Derlei



Die Mudjahedin sind Banditen, keine „Freiheitskämpfer“.

Massaker sind nichts besonderes in Afghanistan mit seinen Stammestraditionen und -rivalitäten. Es gehört dort zum Leben und das wird so bleiben.“

Besonders nach dem Fall Kabuls würde der Bürgerkrieg erst richtig ausbrechen. Mittelalterliche Großgrundbesitzer würden an Bauern Raube nehmen, und Frauen sind in den Augen dieser „Freiheitskämpfer“ nichts als Nutztiere.

während norwegische Unternehmer durchaus zufrieden sind. Ein Osloer Geschäftsmann kommentierte die Wahl mit den Worten: „Wenn die Wahl nur unter Bankiers stattgefunden hätte - Frau Brundtland hätte die Schächten im Trocknen.“

Aus Enttäuschung über die rechte Politik der Brundtland-Regierung ha-

Für die Bewohner der Städte Afghanistan ist eine solche Perspektive die reinste Horravorstellung. Einen Vorgesmack bieten die ständigen Raketenangriffe auf die Zivilbevölkerung. Und die Landbevölkerung erlebt oft genug, was ein Sieg der Mudjahedin bedeutet: Gewalt, Unterdrückung und Plündererei.

Instabilität

Auch wenn ein Sturz des Regimes in Kabul nicht völlig ausgeschlossen werden kann, so erscheint er für die nächste Zeit als sehr unwahrscheinlich. Enggegen der Befürchtung, Gorbaschow könnte aus finanziellen Gründen und wegen seiner Politik der „Kooperation“ mit dem Imperialismus (z.B. in Angola) auch Afghanistan opfern, wird das Regime gerade durch Waffenlieferungen weiterhin stark unterstützt.

Jedoch ist eine langfristige Stabilisierung des Regimes nicht zu erwar-

Norwegische Arbeiterpartei

Niederlage durch rechte Politik

Besonders von den führenden bundesdeutschen Sozialdemokraten wurde Norwegen häufig als nachahmenswertes Beispiel dargestellt. Die norwegische Arbeiterpartei war, seit es im Land Parteien gibt, immer die größte von ihnen gewesen. Quotierung wurde durchgeführt, die seit 1986 bestehende sozialdemokratische Minderheitsregierung wurde von einer Ministerpräsidentin, Gro Harlem Brundtland, geführt.

Die Ergebnisse der norwegischen Parlamentswahlen vom 11.9.1989 werden jedoch auch den Sozialdemokraten in der BRD zu denken geben. Diese Wahlen schlugen ein neues Kapitel in der Nachkriegsgeschichte Norwegens auf. Die regierende Arbeiterpartei mußte starke Verluste hinnehmen und erreichte mit 33,9% das schlechteste Ergebnis seit den 30er Jahren. Aber auch die konservative Partei verlor 8% ihrer Stimmen. Die Gewinner der Wahl waren die Sozialistische Linke, die ihren Stimmenanteil von 5 auf 10% verdoppeln konnte, und die Fortschrittspartei. Die Fortschrittspartei ist eine extrem rechte, gewerkschafts- und ausländereindliche Partei. Sie gewann 10% dazu und steht jetzt mit ihren 13% als neue ernstzunehmende Kraft in der politischen Landschaft Norwegens.

Genossen der Arbeiterpartei nannten die Erfolge der Rechten den Krankheitsssymptom der norwegi-

schen Demokratie. Was sie nicht sagen: Sie waren am Ausbruch dieser Krankheit maßgeblich beteiligt. Die sozialdemokratische Minderheitsregierung ist im Mai 1986 angetreten, nachdem die bürgerliche drei-Parteien-Koalition mit ihrem wirtschaftlichen Sanierungsprogramm gescheitert war. Zu dieser Zeit hatte der Sturz sowohl der Ölpreise als auch des Dollarkurses dazu geführt, daß ein Fall Erdöl nur noch ein Viertel des Vorjahrespreises erzielte. So wurde aus einem Zahlungsbilanzüberschuß von 27 Mrd. Kronen im Lauf von nur zwölf Monaten ein 33 Mrd. Defizit.

Die Regierung Brundtland betrieb in dieser Situation eine Politik, die Maggi Thatchers würdig gewesen wäre: Sie setzte das Recht auf freie Lohnverhandlungen außer Kraft und begrenzte die Erhöhung von Löhnen und Gehältern auf 5% - was bei der damaligen Inflationssrate von 8,7% eine Lohnsenkung bedeutete.

Als die Gesetzesvorlage im Parlament debattiert wurde, protestierten 400.000 Norweger mit Streiks und Demonstration - das waren 10% der Bevölkerung.

Arbeitslosigkeit

So verschärfen sich in den letzten Jahren die sozialen Probleme. Die Arbeitslosigkeit hat im August diesen Jahres mit 90.000 Nichtbeschäftigten



Das „Ministerienkabinett“ Brundtlands verlor Sympathien wegen ihrer Politik des Krisenmanagements.

Polarisierung

Norwegen erlebt die größte politische Polarisierung seit den 30er Jahren. Die als vorbildlich gelobte Politik in Bezug auf Quotierung stellte wohl eine Verbesserung der sozialen Lage dar an der Regierung beteiligten Frauen dar, führte aber nicht zu Verbesserungen für die breite Masse der Bevölkerung. Die drei bürgerlichen Parteien, Konservative, Zentrum und Christliche Volkspartei, haben mit Unterstützung der Fortschrittspartei Brundtland abgesetzt und eine Koalitionsregierung gebildet. Diese konservative Regierung ist von der Gnade der Rechtsextremisten abhängig. Die Rechtsregierung wird die Sozialkürzungen mit der Axt fortsetzen, die Brundtland mit dem Taschenmesser begonnen hat.

Allerdings wird eine derartige Regierung sehr instabil sein. Die norwegische Arbeiterklasse hat kämpferische und revolutionäre Traditionen. Die Arbeiterpartei war von 1919-23 Mitglied der Kommunistischen Internationalen. Wir werden in den nächsten Jahren Zeugen der Wiederentdeckung dieser Traditionen sein.

Boris Kanztleier, Stuttgart
Jungsozialist



Zeigt Kohl Karte! Jetzt erhältlich!
die rote Karte!
 Die Video-Aufzeichnung der VORAN-Veranstaltung vom 16. April 1989
 Preis: 20 DM, Ausleihgebühr: 10 DM
 zu bestellen bei der Redaktion VORAN, Hansaring 4, 5 Köln 1, Tel. 0221/134504

Kampffonds

Verstärkte Anstrengungen nötig

Mit 16.943,65 DM haben wir unser Ziel von 40.000 DM im 3. Quartal leider nur zu 42% erreicht. Die Monats-ergebnisse im einzelnen:

Juli 5475,30 DM
 August 6131,14 DM
 September 5337,21 DM

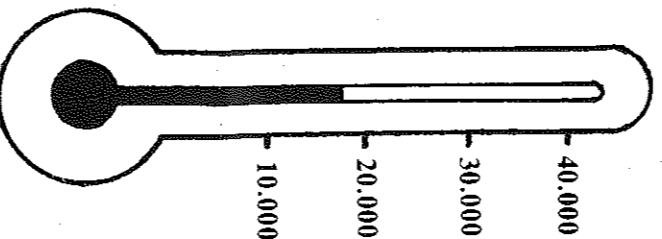
Unter den in der letzten Zeit eingegangenen Spenden waren unter anderem 11 DM von Matke Demnitz aus Hamburg, 50 DM spendete Hans-Peter Dostert, Maschinenschlosser aus Köln. Ebenfalls jeweils 50 DM erreichten uns von Otto Wanner, Kraftfahrer und Stefanie Gebauer, Schülerin, beide aus Stuttgart.

Politisch und finanziell wichtig sind natürlich auch die vielen kleineren Spenden. Dazu zählen zum Beispiel die 5 DM (oder mehr), die oft spontan beim Kauf der Zeitung auf der Straße bezahlt werden.

Ergänzend zu dieser Sammelaktivität wurden auch wieder spezielle Aktivitäten für den Kampffonds unternommen: Ein Video Abend in Hamburg brachte 29 DM ein. In Bremerhaven, erwerbschafteten. Unterstützer 170 DM auf einem von der SPD veranstalteten Flohmarkt. In Köln waren Unterstützer als Wahlhelfer bei den NRW-Kommunalwahlen aktiv und haben die Aufwandsentschädigungen von insgesamt 500 DM Voran zukommen lassen. Wenn solche besonderen Möglichkeiten überall konsequent wahrgenommen werden, können die Extraeinnahmen uns unserem Ziel von 40.000 DM für das 4. Quartal ein großes Stück näherbringen.
 Dreh- und Angelpunkt der Finanzierung einer unabhängigen marxisti-

sehen Zeitung ist aber nach wie vor die politische Diskussion mit Lesern und Interessierten. Nur auf der Grundlage überzeugender Argumente für unsere Ideen können wir die erforderlichen Gelder in der Arbeiterbewegung sammeln.

Ulf Petersen, Köln, Jungsozialist



Spendenkonto:
VORAN, Post giroamt Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430

ihr da oben...

Lösegeld von der Steuer absetzbar?

Hans-Jürgen Wischniewski hat seine Memoiren geschrieben: Unvergessen blieb für ihn ein Erlebnis, das er hatte, während der Arbeitgeberpräsident Schleyer entführt war. Dessen Stellvertreter von Braunschweig antwortete auf die Frage, ob die Wirtschaft die Betreuung Schleyers nicht mit Zahlung von Lösegeld versuchen könne, mit der Gegenfrage: Ob man die Summe von der Steuer absetzen könne? Schade, daß Genosse Wischniewski diese Information nicht schon vor zwölf Jahren an die Öffentlichkeit brachte.

Feiern sie den Sieg über ihre Feinde?

Petra Kelly von den Grünen hat publik gemacht, daß führende deutsche Industrielle am 1. August, also knapp nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens, die Botschaft Pekings in der BRD aufsuchten und dort den Gründungsstag

der chinesischen Volksarmee feierten. Dieselben Typen werden nicht müde, in der Öffentlichkeit davon zu reden, daß die Arbeiter und Studenten Pekings für die Marktwirtschaft kämpfen.

Demokratie in Polen

Die polnische Zeitung „Gazeta Wyborca“ steht der „Solidarität“ nahe, die bekanntlich mehrheitlich die Regierung inclusive des Außenministeriums stellt. Sie ist somit vielleicht das einzige regierungstreue Blatt der Welt, das zensiert wird (bei der wohl einzigen Regierung der Welt, die sich dies auch noch gefallen läßt!). Das Zensuramt Polens glättete einen Artikel zur Situation in der DDR. Rausgestrichen wurde, daß Honcker der chinesischen Führung osenariativ (demonstrativ) zur wirkungsvollen Durchführung des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens gratuliert hat.

Gefahr ist relativ

Ein großer Teil der bürgerlichen Presse lobt die Rettungsaktionen in Kalifornien, kurz nach dem Erdbeben. Zwar wurde einen Tag nach dem Beben in der Stadt Santa Cruz noch eine Frau in den Trümmern einer Kaffeebar vermisst, doch

Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und

Liebe Genossinnen und Genossen, kürzlich las ich ein Interview mit dem Bürgermeister Berlins (Iaz 30.8.). Genosse Walter Momper wurde erst auf den jetzigen Aufschwung des Kapitalismus aufmerksam gemacht, um dann gefragt zu werden, was der Senat denn in dieser günstigen Zeit für Reformen vorhat. Momper stellte die nicht nur für Berlin typischen Probleme dar: 80.000 Arbeitslose, 30-60.000 fehlende Wohnungen, Umweltbelastung. Deshalb sei Schwerpunkt ökologischer Stadtlumbau, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und Arbeitsbeschäftigung durch mehr Wohnungsbau. So weit so gut.

Und auf die Frage, was der Senat den jugendlichen Arbeitslosen bieten könne: „Wir müssen die materielle und soziale Lage dieser Menschen verbessern und ihnen wieder eine Perspektive geben.“ Noch weiter, noch besser, nur umgekehrt was fehlte mir: Wie all dies umsetzen?

Ich suchte und fand in Mompers Äußerungen keine Antwort. Der Boom hat den Bossen riesige Gewinne beschert, während die Armut und Not vieler Menschen zugenommen hat und auch die Masse der Arbeitnehmer einem enormen Arbeitsdruck ausgesetzt ist! Wie sollen wir denn unsere von den Unternehmern verursachten Probleme lösen, ohne ihnen ans Leder zu

Verkauf

Liebe Genossinnen und Genossen,

bei einem Treffen der hiesigen Juso-AG fragte ich den SPD-Kreisvorsitzenden Dieter Hennig, der auch angewandt war, ob er die VORAN schon kenne und bot ihm ein Exemplar zum Kauf an. Als er beim Durchblättern die Artikel über die Republikaner sah, kaufte er eine Zeitung zum Solidaritätspreis von 2,- DM, weil er für seine Schüler ein Referat zu diesem Thema vorbereiten müsse. Daraufhin kauften vier der acht anwesenden Jusos auch eine Zeitung, was ungewöhnlich ist, weil sie aus Sparsamkeitsgründen sonst meist auf den Kauf verzichten. Außerdem verkaufte ich einen Lenin-Button, einen VORAN/Juso-Button und noch weitere. Dies zeigt, daß man immer die Initiative ergreifen muß.
 Im September verkaufte ich nach und nach acht Zeitungen an Kollegen und Bekannte. Zwei Arbeitern, die zu

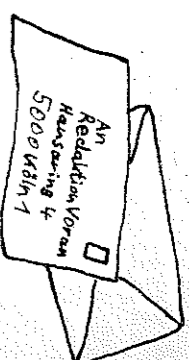
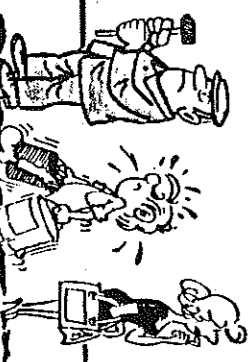


gegen ihre Rettung sprach, daß sie dort kostenlos Kaffee an Obdachlose ausgab. Wegen „zu großer Gefahr“ wurde die Rettungsarbeit für eine ganze Nacht unterbrochen, was nicht passiert wäre, wenn es sich, um einer der Polizists“ gehandelt hätte, wie es eine Passantin sagte.

Räuber unter sich

Nach erleben wir oft genug in Diskussionen, daß es ungerecht sei, die Kapitalisten abschaffen zu wollen, weil sie für ihr Vermögen hart gearbeitet hätten. Die Kapitalisten, die in der Gesellschaft das Sagen haben, können darüber nur müde lächeln. In der Hitliste der reichsten Kapitalisten der Welt des New Yorker Wirtschafts magazins „Forbes“ wird als reichster Kapitalist der Japaner Tsutsumi angegeben, der es auf 15 Milliarden Dollar Vermögen bringt. Dafür hat er natürlich genau so wenig gearbeitet wie sein Kolumbianischer Cohar Gaviria vom kolumbianischen Medellín-Rauschgiftkartell, der sich mit 3 Milliarden Dollar ebenfalls in der Liste befindet.

... wir hier unten



Wirtschaft in die eigene Hand nehmen und bewußt planen!
 Das, Genosse Walter, müssen wir als Sozialdemokraten fordern und für die Durchsetzung dieser notwendigen Forderungen kämpfen! Und nicht wie der Bausenator zu Hamburg, Eugen Wagner, seelenruhig Tausende von Sozialwohnungen an die Spekulantenhände zu verkaufen, um dann zu verkünden, „der Wähler wird diese auswegene Politik honorieren“. Wird er nämlich nicht.

Mit sozialistischen Grüßen
 Jens Breuß, Juso aus Hamburg

Im November veranstaltet die Redaktion VORAN in verschiedenen Teilen der Bundesrepublik

Regionalseminare

Ein Wochenende lang gibt es die Möglichkeit, über die Themen „Faschismus“ und „Entwicklungen in der Sowjetunion, DDR und den anderen Ostblockstaaten“ zu diskutieren. Interessenten wenden sich bitte an die Redaktion VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221 / 134504. Dort könnt ihr Einzelheiten über den genauen Termin, Tagungsort und Unterkunftskosten des Seminars und eventuell Mitfahrmöglichkeiten erfahren.

VORAN

den Repts tendieren, gefielen die ersten Seiten recht gut. Als sie aber die Beiträge über „ihre“ Partei sahen, legten sie die Zeitung beiseite, weil die SPD ja sowieso gegen die Repts sei. Trotzdem sind die Artikel über die Repts wichtig, weil sie Hintergrundinformationen und Argumentationshilfen enthalten. Auch der Bericht über die Repts auf Seite 1 in VORAN Nr. 112 fand reges Interesse. Zu einer Versammlung von IG-Chemie-Mitgliedern am 28.8. in



Jugend für Sozialismus

Jetzt bestellen!
 Die VORAN-Broschüre „Jugend für Sozialismus“, Preis: 2,50 DM erhältlich bei der Redaktion

Ein Ausweg aus der kapitalistischen Sackgasse

Ein VORAN-Broschüre Preis: 2,50 DM

In unserer Broschüre gehen wir auf die Hauptfragen ein, mit denen Jugendliche konfrontiert sind. Wir greifen Alltagsprobleme auf und verbinden sie mit den grundlegenden Widersprüchen in unserer Gesellschaft. Und vor allem: Wir zeigen, was man tun kann!

Dienstleistungsabend

„Wahrscheinlich hätten wir alle streikenden müssen“

Auf den Knochen der Beschäftigten 35-Stunden-Woche nützt allen

Seit Anfang Oktober gibt es ihn nun. Der lange Donnerstag in den Geschäften zum „gemüthlichen Einkauf am Abend“. Was halten aber die Beschäftigten davon? Hier einige Stimmen von Beschäftigten, die ich gesprochen habe:

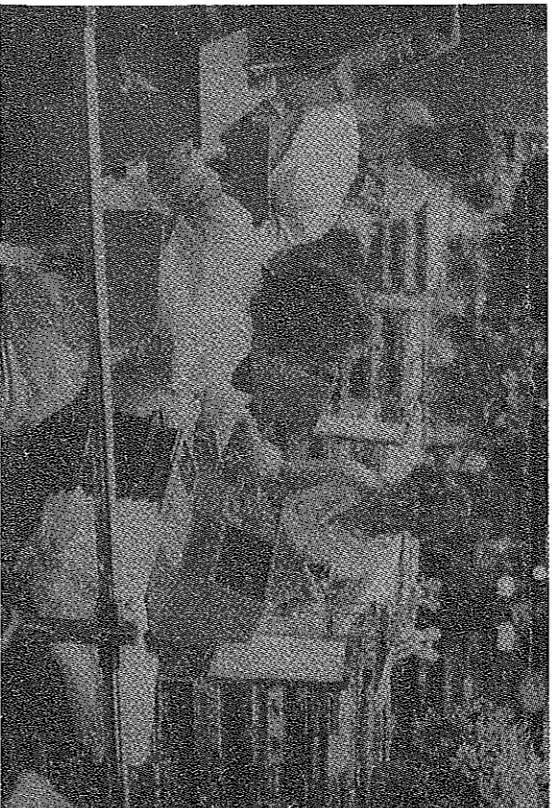
„Der lange Donnerstag hat keinen Sinn. Es kommen zwar Leute, aber sie kaufen nichts. Ihr Geld haben sie auch bis 18.30 Uhr ausgegeben. Mehr als man hat kann man sowieso nicht ausgeben.“

„Neue Arbeitsplätze werden durch den langen Donnerstag auch nicht geschaffen. Wir stehen uns dabei nur die Beine in den Bauen.“

„Das Argument, es gäbe keine Zeit, in Ruhe einzukaufen, soll man doch nicht dadurch lösen, die Geschäfte länger zu öffnen. Viel besser wäre es, die Arbeitszeit generell auf 35 Stunden zu kürzen. Dann können die Leute auch besser einkaufen und haben grundsätzlich mehr Freizeit.“

„Durch die Einführung des verkaufsoffenen Donnerstags wird kein neuer Arbeitsplatz geschaffen. Vielmehr wird er dazu benutzt, die Arbeitszeit zu flexibilisieren. Das bedeutet im Klartext: Fest angestellte Verkäuferinnen werden entlassen, um mehr Teilzeikräfte einzustellen. Diese sind meist nicht gewerkschaftlich organisiert. Dann kann man mit ihnen alles machen.“

„Da haben es die Unternehmer mal wieder geschafft. Ihnen ist es gelungen, den langen Donnerstag einzuführen.“



Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich drohen sich noch weiter zu verschlechtern.

Septemberstreiks vor 20 Jahren

Erfolgreiche Kämpfe

Eine innerbetriebliche Forderung nach 20 Pfennig Zulage war der Anfang, das Ende war eine bundesweite Streikbewegung mit 140.000 Beteiligten aus 69 Betrieben und insgesamt 532.308 Tagen, an denen die Arbeiter ihre Arbeit niederlegten. So geschahen in der BRD im September 1969. Trotz Hochkonjunktur mit steigenden Gewinnen für die Unternehmer waren die Löhne der Arbeiter und Angestellten rückläufig. Viele von ihnen mußten bis an die Grenze ihrer seelischen und körperlichen Leistungsfähigkeit Überstunden klopfen. Aus diesen Grund forderten vor 20 Jahren die Arbeiter eine Beteiligung an den Gewinnen und leiteten damit eine Radikalisierung in der deutschen Arbeiterbewegung ein.

Die Stimmung in der Gesellschaft war im Umbruch. International waren Ende der 60er Jahre die Arbeiter auf dem Vormarsch gewesen. Höhepunkte war die Revolution in Frankreich 1968 und die Bewegung in der CSSR. In der BRD führte schon die Krise 1967/68 zu Arbeiterunruhen an der Ruhr, die den Herrschenden Angst einlachte. Die bürgerlichen Parteien hatten abgewirtschaftet, die Arbeiter

Die durch Fusion entstandenen Lohnunterschiede in den drei Abteilungen des Hoesch-Konzerns „Union“, „Phoenix“ und „Westalanthütte“, sollten ausgeglichen und eine gleichzeitige Neubewertung der Arbeitsplätze eingeleitet werden (sprich mehr Lohn). So jedenfalls forderte es die Gewerkschaft und mit ihr die Arbeiter. Die Arbeiter gingen jedoch bald

Kampf bei Hoesch

Oft versuchten führende Funktionäre in Verhandlungen mit den Arbeitgebern einzulenken. Sie stießen aber immer wieder auf Gegenwehr ihrer Basis, die inzwischen durch ihren Kampf gelernt hatte, ihre eigene Interessen zu erkennen und entsprechende Forderungen zu stellen.

Durch diesen Arbeitskampf stieg das reale Nettoeinkommen um 9,5%. Dies zeigt: Zeiten der Konjunktur bedeuten nicht automatisch Ruhe im Klassenkampf. Gerade in solchen Zeiten versuchen Arbeiter, ihren „Teil vom Kuchen“ zu bekommen und nutzen es aus, daß die Kapitalisten die Bedingungen als gut ansehen und die Kapazitäten immer mehr auslasten. Die Arbeiter spüren zurecht ihre Wichtigkeit in der Produktion und bekommen mehr Selbstbewußtsein.

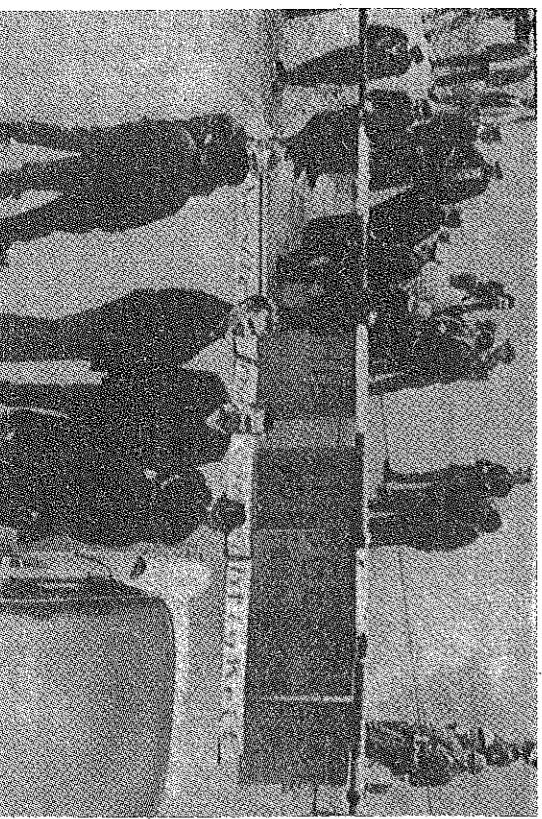
Selbstbewußtsein

über die Forderungen hinaus, weil sie ihre tatsächliche Kraft durch die Einheit der Masse fühlten.

Durch die Stärke ihrer Aktivität brauchten sie nur zwei Tage, bis ihre Forderungen erfüllt waren.

Der erfolgreiche Streik der Arbeiter vom Hoesch-Konzern und das schnelle Einlenken der Betriebsleitung war der Anlaß für mehr als 60 weitere Streiks in der gesamten Republik. Und tatsächlich herrschte starker Nachholungsbedarf für die Werkstätten. So stiegen die Gewinne der Kapitalisten vom 1. Halbjahr 1966 von 2,8% brutto und 0,7% netto auf 9,7% brutto und 9,9% netto im 1. Halbjahr 1969.

Dagegen betrug der durchschnittliche Bruttolohn der Stahlarbeiter im Ruhrgebiet im Februar 1966 5,29 DM und im Mai 1969 5,42 DM, also ganze 13 Pfennige oder 2,45% mehr. Dies war im Anschluß an den Kampf der Hoesch-Arbeiter der Nähbuden für Kämpfe in der Stahl- und metallverarbeitenden Industrie, im Bergbau, bei Jutespinnereien und bei ESSO.



Streikposten bei der Bremer Klockner-Hütte.

tigen die Profite der Unternehmer zu steigern. Und das wirkt sich auch auf die Postbeschäftigten aus, selbst wenn die DBP-Telekom noch kein privates Unternehmen ist. Wenn es ab nächstem Jahr auch private Anbieter bei Telefonen gibt, kann es sein, daß die Post-Telefonläden gezwungen sind, beim Dienstleistungsabend mitzuziehen, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Natürlich will ich auch, daß es mehr Möglichkeiten zum Einkaufen mit der Familie gibt, aber der Dienstleistungsabend ist der falsche Weg. Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden in der Woche würde allen Beschäftigten, auch im Einzelhandel, mehr Freizeit und weniger Hitze und Stress beim Einkaufen ermöglichen.

Die Haltung Deiner Gewerkschaft zum Dienstleistungsabend?

Die DPG lehnt ihn ab. Im Bundesgebiet hat es Protestaktionen der DPG gemeinsam mit der HBV gegeben. In Stuttgart habe ich bisher nichts von DPG-Aktionen mitgekriegt. In der DBP stehen wir jetzt vor dem Problem, daß die DPG-Aktionen gegen die Dreiteilung und Privatisierung der Post nicht ausreichen, die Pläne der Bundesregierung zu verhindern. Wir befinden uns jetzt in einer schlechteren Position, um Angriffe abzuwehren.

In 2 Stunden nur 5 Kunden im Stadtteil, in der Innenstadt starker Andrang.

Gibt es bei Euch bereits konkrete Auswirkungen des Dienstleistungsabends?

Lange Zeit war völlig unklar, ob der Dienstleistungsabend bei uns überhaupt durchgeführt werden soll. Und dann wurden doch sehr kurzfristig Vorgaben gemacht: Voraussetzung sei ein lebhafter Publikumsverkehr, wir sollten die Konkurrenz privater Anbieter von Enderäten beachten und uns den Öffnungszeiten der umgebenden Geschäftswelt anpassen, der Dienstleistungsabend sei kostenneutral durchzuführen, die Entscheidung über seine Einführung liegt bei der örtlichen Amtsleitung in Koordination mit dem Personalrat des Amtes. Für

Entlassungen bei Grossen in Erlangen Die Angst überwinden

Was macht ein Management, das Großaufträge in den Sand setzt und Kunden verprellt? Man ruft eine Betriebsversammlung ein, lamentiert über sinkende Umsätze und zieht die im Kapitalismus üblichen „betriebswirtschaftlichen“ Konsequenzen.

Zunächst werden im Betrieb Gossen in Erlangen, in dem vor allem Prüfgeräte und elektronische Produkte hergestellt werden, von den 1200 Arbeiterinnen und Arbeitern 200 entlassen. Dies trifft hauptsächlich ältere Leute, die jahrzehntelang im Betrieb tätig waren und Kündigungsschutz in Anspruch nehmen könnten. Diese Menschen, die aufgrund mangelnder Fortbildungsangebote der Firma Gossen praktisch keine andere Möglichkeit haben, noch einmal anderweitig in ihrem Beruf Fuß zu fassen, werden dadurch in das soziale Abseits gestoßen. Aufgrund eines Sozialplans (dem leider auch der Betriebsrat zugestimmt hatte!) werden sogar Schwerbehinderte und Angestellte, die bereits über 30 Jahre für diese Firma tätig waren, vor die Tür gesetzt.

Die in der Betriebsversammlung angekündigten Entlassungen wurden den Betroffenen erst Monate später konkret mitgeteilt. Dieses niederrichtige Vorgehen führte gemeinsam mit dem kampflosen Kleinbegeben des Betriebsrates zu einer katastrophalen Stimmung innerhalb der Belegschaft.

Anstatt dem Management gemein-



unsere Telefonläden kam dann eine Betriebsvereinbarung zwischen Amtsleitung und Personalrat zustande, die eine dreiwöchige probeweise Einführung vorsieht. An den Donnerstagen zwischen 18.30 und 20.30 Uhr arbeiten nicht die Beschäftigten des Telefonladers, sondern Freiwillige von der Anmeldestelle.

Am 5.10. waren bei uns zwischen 18.30 und 20.30 Uhr nur fünf Kunden und alle kamen vor 19.30 Uhr. Drei Anträge wurden gestellt, davon zwei zwischen 18.30 und 18.45 Uhr, d.h.

mehr als ein Antrag ist dadurch bei uns nicht reingekommen. Wenn es so bleibt, hoffen wir, daß der Dienstleistungsabend bei uns nach der dreiwöchigen Probephase nicht eingeführt wird. Im Telefonladen in der Stuttgart-er Innenstadt war dagegen ein sehr starker Andrang und dort wird der Dienstleistungsabend ziemlich sicher bleiben.

Mehr als 10-Stunden-Tag am Donnerstag ohne Neueinstellung

Allerdings kann sich die Situation in Cannstadt auch noch ändern. Bisher gibt es hier einen privaten Telefonladen, für den es sich heute noch nicht lohnt, länger aufzumachen. Das könnte sich ändern, wenn der Enderätemarkt freigegeben wird. Und direkt gegenüber von unserem Telefonladen befindet sich der Kaufhof, der jetzt den Dienstleistungsabend eingeführt hat und der mit der Freigabe des Enderätemarktes auch Telefone anbieten kann. Dann hätten wir eine neue Konkurrenzsituation.

Für den Fall, daß der Dienstleistungsabend für uns doch noch kommen sollte, gibt es noch keine Regelung. Die normale Telefonlader-Besatzung kann die Mehrarbeit nicht machen. Wir sind nur zu dritt, zwei von uns müssen immer im Laden sein. Es geht aber nicht, daß zwei von uns um 8.45 Uhr anfangen und gleichzeitig zwei von uns bis 20.30 Uhr arbeiten, da laut Arbeitszeiterordnung niemand länger als 10 Stunden arbeiten darf. Ich weiß nicht, wie überhaupt eine kostenneutrale Durchführung möglich sein soll. Mehrarbeit wie der Dienstleistungsabend ist nur mit mehr Personal zu bewältigen und verursacht also auch mehr Kosten.

sam den Kampf gegen die Umstrukturierungsmaßnahmen anzusetzen, brachten Mißtrauen und Angst um den eigenen Arbeitsplatz die Belegschaft zum Schweigen. Die Betroffenen und deren Familien waren mit ihren Problemen allein gelassen und sahen keine Möglichkeit, sich in irgendeiner Weise zu wehren.

Inzwischen handelt das Management: Der Stamm der älteren Mitarbeiter mit Kündigungsschutz ist zu hoch. „Jüngere Arbeitskräfte wurden eingestellt. Doch ein Senior blieb dieser Firma noch erhalten. Der Geschäftsführer Hoffmann (62): „Ich lasse die Firma jetzt nicht im Stich.“ Zur Belohnung für die geniale Rettung des Betriebs vor dem finanziellen Ruin stellte sich die Geschäftsleitung gleich fünf nagelneue BMW's vor die Tür.

Der Fall ist klar. Hier geht es nicht darum, ob jetzt Du oder Dein Kollege entlassen wird, sondern es geht um den Erhalt sämtlicher Arbeitsplätze bei Gossen und um den solidarischen Kampf gegen Willkür und Ungerechtigkeit von oben. Wir fordern:

- Sofortige Rücknahme der 200 Kündigungen;
- Arbeitsplatzgarantie für die gesamte Belegschaft;
- Entlassung des unfähigen Managements;
- Offenlegung der Geschäftsbücher.

Wehrt Euch. Ihr könnt nur gewinnen!

Andrea Pfeifer, Nürnberg
Jungsozialistin

VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1 - Gebühr bezahlt Postamt Köln 1
Postvertriebsstück G 10321 E

VORAN

Profitinteresse contra Umweltschutz

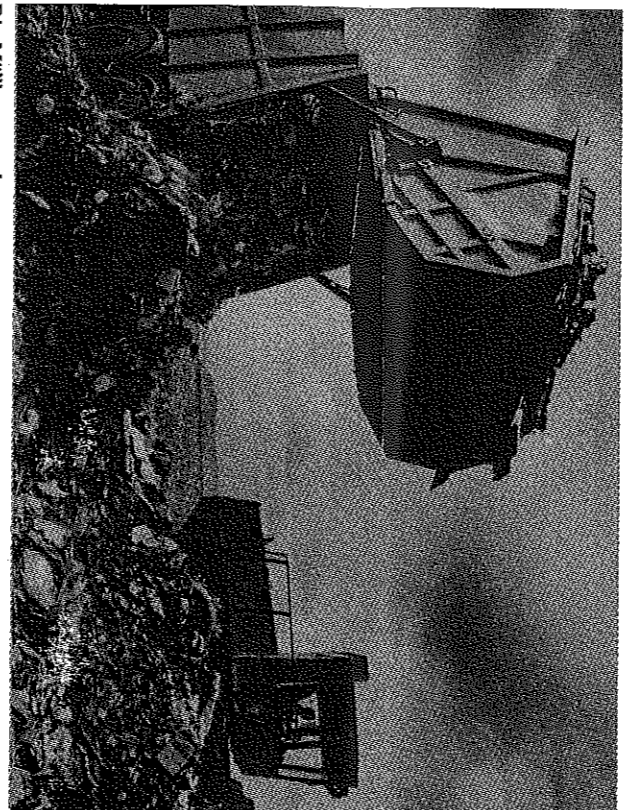
Umweltverschmutzer Verstärklichen!

Lärm, Luft- und Wasserverschmutzung nehmen zu, das Land erstickt im Müll (jährlich werden 250 Mio. Tonnen Abfall produziert). Ein ungebremsster Energieverbrauch zerstört die Atmosphäre. Allein 35,1% der produzierten Energie verschwindet als Umwandlungsverluste in der Atmosphäre. Wer so verschwendisch mit der Erde umgeht, der darf sich nicht wundern, wenn sie eines Tages zerstört ist.

Bisher wird versucht, das Problem von drei Seiten her in den Griff zu kriegen: Verursacher-, Vorsorge- und Kooperationsprinzip. Doch daß dies nicht verwirklicht ist, läßt sich mit einigen Sätzen beweisen. Der Verursacher von Umweltschäden zahlt nur, wenn er bewiesenermaßen die Grenzwerte des Gesetzgebers überschreitet. Legal verschmutzt er das Trinkwasser, ergründet die Flüsse, jagt Umwelgifte wie Dioxin, Stickoxide etc. in die Luft. Das Vorsorgeprinzip wird liebend gerne von den Unternehmern blockiert. Kooperation zwischen Staat und Industrie sieht so aus, daß der Staat sich in der Regel den Interessen der Industrie beugt - sei es bezüglich Grenzwerten, Emissionschutzvorschriften oder anderes.

„Fortschritt 90“

In dieser äußerst angespannten Lage muß sich die SPD als Alternative zur Regierung aus CDU/CSU und FDP beweisen. Das neue Grundgesetzprogramm und die Kommission „Fortschritt 90“, deren Vorsitzender Oskar Lafontaine ist, sind ein Versuch in diese Richtung.



Die Müllberge wachsen.

Ist endlich egal, wie teuer das Öl oder das Gas ist, das bezahlt ja schließlich der Mieter mit seiner jährlichen Heizkostenrechnung.

Der Vorschlag der SPD-Kommision führt also bestenfalls dazu, daß alle Leute, große Familien mit niedrigem Einkommen oder Sozialhilfempfänger freieren müssen, weil sie die Heizkosten nicht mehr bezahlen können.

Verschwender Nr. 1:

Die Industrie

Die Haupt-Umweltverschmutzer sind auch nicht die Verbraucher, sondern die Industrie. Die SPD-Kommision geht anscheinend von folgender Überlegung aus: Der kleine Mann zahlt, die Industrie kassiert die Gelder, um damit umweltfreundliche Maßnahmen umzusetzen. Aber schon jetzt gibt es eine hohe Besteuerung auf Benzin und Diesel. Dieses Geld könnte jetzt schon in Umweltschutzprojekte gesteckt werden. Der Haken ist aber: Selbst wenn man den Unterneh-

men massive finanzielle Anreize zur Umstellung auf umweltfreundliche Produkte oder Produktionsweisen bieten würde, gibt es keinerlei Garantien dafür, daß diese dann auch wirklich eingesetzt werden. Das scheitert z.B. schon daran, daß das Ausmaß an umweltschädlicher Produktion gar nicht bekannt ist. Ein Beispiel: der Ozon-Killer Nr. 1, die FCKW's (Fluorchlorkohlenwasserstoffe) In einer Umweltministerkonferenz Ende 1988, unter Beteiligung von Umweltminister Töpfer, wurde folgendes beschlossen: erste Reduzierungen bei der Produktion von FCKW bis 1992; endgültige Einstellung der Produktion Ende der 90er Jahre.

Dies geschah alles in der Kenntnis, daß die FCKW's erst nach 20 Jahren in die Stratosphäre gelangen und dort

zum Scheitern verurteilt. Solange Recycling (d.h. Wiederverwertung) für die Unternehmer weniger profitabel ist als Müll-Beseitigung, können wir noch so viel Mühe und beschwerliche Wege auf uns nehmen, es nützt nichts. So gab es schon eine Reihe von Beispielen, wo die Glascontainer von der entsprechenden Firma entleert wurden - direkt auf die Müllkippe.

Außerdem weiß man, daß nur 11% des Mülls aus den Haushalten kommt. Der eigentliche Müllproduzent und Umweltvergifter Nr. 1 ist die Industrie. Zwar wurden in den letzten Jahren die End-Of-Pipe-Technologien (Reinigungsanlagen am Ende des Produktionsprozesses) ausgebaut, jedoch die Belastung der Umwelt durch Schwermetalle, Abgase und andere Gifte hat nicht abgenommen.

Profitinteresse

Die Unternehmer werden niemals auf ihren Profit verzichten. Wie ein Manager des Schweizer Chemie-Konzerns Hoffmann-La-Roche es treffend ausdrückte: „Meiner Meinung nach sind die Unternehmer nicht dazu geschaffen, zum Wohle der Menschheit beizutragen. Sie sind unseligerweise da, um Profite zu machen.“

Das Abschleichen von Umweltkosten auf die Verbraucher geht also in die völlig falsche Richtung. Wir müssen einerserits für scharfe Umweltsetze kämpfen. Um aber das Übel an der Wurzel packen zu können, brauchen wir die Kontrolle der Produktion und der Einhaltung von Umweltschutzbestimmungen durch die Belegschaften, den DGB und Umweltschutzorganisationen und Bürgerinitiativen.

Die Hauptverursacher von Umweltzerstörung müssen verstaatlicht werden, so z.B. die Chemie-Konzerne. Sie müssen unter demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung gestellt werden. Erwiesenermaßen umweltzerstö-

Dafür kämpft VORAN



- Sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, als ein Schritt zur weiteren Arbeitszeitverkürzung und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle.
- Drastische Kürzungen der Militärausgaben.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie, verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. Ersatzarbeitsplatzgarantie für die Beschäftigten.
- Garantierter Mindestlohn von 1500,- DM für alle.
- Rücknahme aller Kürzungen und ein staatliches Programm zur Förderung des Wohnungsbaus, des Umweltschutzes, der Gesundheitsfürsorge, der Bildung...
- Volles Wahlrecht auf allen Ebenen für alle in der BRD lebenden Menschen.
- Keine Unterordnung der SPD-regierten Städte, Landkreise und Länder unter die Zwänge der von der Bundesregierung vorgegebenen Spar- und Steuerpolitik. Stattdessen gemeinsamer Widerstand mit den Gewerkschaften gegen Kohl und Kapital.
- Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle. Demokratische Verwaltung der verstaatlichten Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. je 1/3 Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaft und des Staates), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeitelohn.
- Für einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung.
- Für eine SPD-Alleinregierung im Bund, die die Arbeiterbewegung zur Durchsetzung eines solchen sozialistischen Programms mobilisiert.

Ich möchte

VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM
VORAN weiterverkaufen und bestelle Exemplare
(in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
ein VORAN-Förderabo zu DM beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Postscheckamt Essen, Bankleitzahl 360 10043, Konto-Nr. 2500 59-430

Verkehr

Was heißt das konkret? Viele Menschen sind aufs Autofahren angewiesen, um z.B. zur Arbeit zu kommen, zum Einkaufen (vor allem in ländlichen Gebieten). Solange der öffentliche Personennahverkehr so teuer und so mangelhaft ausgebaut ist, gibt es in vielen Fällen keine andere Möglichkeit als das Auto. Das Problem der Luftverschmutzung und Lärmbelastung durch den Individualverkehr läßt sich nur durch eine Umorientierung in der Verkehrspolitik in den Griff kriegen. Der öffentliche Personennahverkehr muß massiv ausgebaut werden, bei gleichzeitiger Einführung des Nulltarifs.

VORAN

unterstützen und bitte
um weitere Informationen

Name
Anschrift
Telefon
Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221/134504



Ich möchte

VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM
VORAN weiterverkaufen und bestelle Exemplare
(in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
ein VORAN-Förderabo zu DM beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Postscheckamt Essen, Bankleitzahl 360 10043, Konto-Nr. 2500 59-430